AKSA-KOMKAR
Öğrenci Örgütü

KURDISTAN-INFO

SOLIDARITÄTSPREIS 1.80 Dm Nr. 2

NACHRICHTEN KOMMENTARE ANALYSEN

Hintergründe: DER KRIEG ZWISCHEN IRAK UND IRAN

TÜRKEI HEUTE

■ Politische gefangene	:	103 000
■ Ermordete	:	302
■ Foltermord	:	28
■ Tot aufgefundene	:	20
■ Zum Tode verurteilt	:	206
■ Hingerichtete	:	4

UND



Türkische Foltermethode: Die Fingerkuppen werden mit Zigaretten verbrannt und die Stümpfe durch Salz entzündet

Stern – 9.4.1981

Neues Gesetz in der Türkei:

1 MAI IST ZWANGSARBEITSTAG!

INHALT:

Seite

In Eigenersache.................................3

Vorwort..4

LEITARTIKEL......................................5

- Ein Altes Volk lebt ohne eigenen Staat..............
- Jubel - Briefe 7
- Die Besen kehren gut 8
- Die Juntagenerale haben schlechte Karten.............10

Hinter gründe der Kriege zwischen IRAN - IRAK 14

Über den Begri[illegible] der NATION 17

- Was ist eigentlich eine Nation 17

Die Nationale Frage 21

- Was ist die nationale Frage ....
- Die Befreiungsbewegung der Unterdrückten Völker 26

Ein allge. überblick über den Begriff des KOLONIALISMUS 29

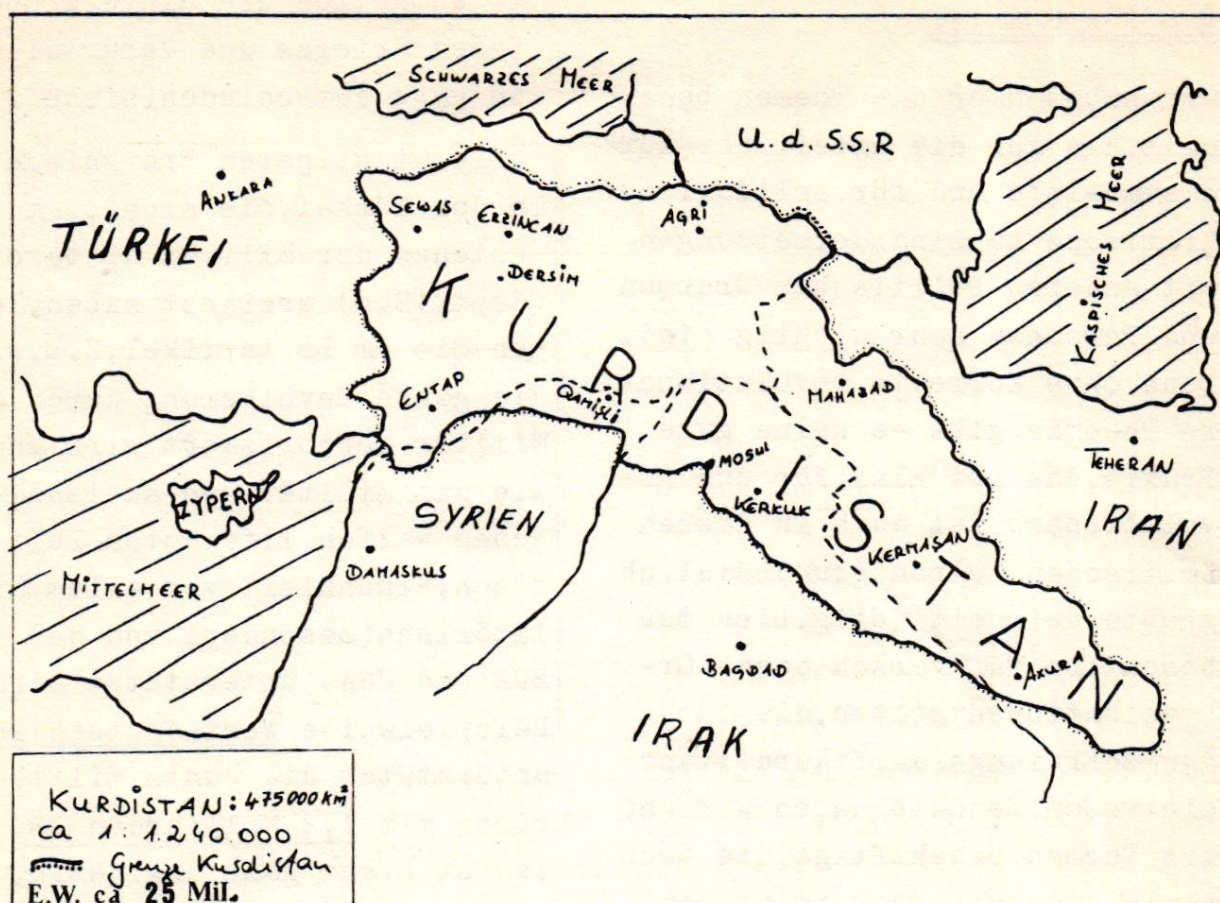
PRESSESPIEGEL 32

- Ein überblick zur Situation im Irak 39
- Wissenswertes über KURDISTAN 36
- Kultur Seite-diesmal- Ein Lied für SEMKO 44
- ai.Berichte über die Verletzungen der Menschenrechte ...45
- Die angewendeten Methoden der FOLTER in d.TÜRKEI 48

KONTAKTADRESSE : Postlagerkarte Nr. o9o969 A - 58oo Hagen W.Deutschland

KONTO Nr. : K-I Sparkasse d.S.HAGEN Konto Nr.1oo.o22.51o Bitte stets Stichwort K-I angeben

V.i.s.d.P : W.Prinz Lange str.6o 58oo HAGEN



EIN VOLK IN 4 TEILEN

KURDISTAN UND DAS KURDISCHES VOLK

I N E I G E N E R S A C H E

Liebe Leser !

KURDISTAN - INFO :

Versteht sich als Magazin der Solidaritätsgruppen für Kurdistan. Sie wird alle zwei Monate über die Nah-Ost-Länder Iran, Syrien, Irak, und Türkei berichten.
Sie enthält kommentare, Berichte, Analysen, Gedichte, Literaturhinweise und Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung und will für die Rechte der unterdrückten Völker eintreten, sie unterstützen in ihrem Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie und kritische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen üben.

Die Redaktion.
Mai-1981

V O R W O R T :

wir haben hier die Themen behandelt,die für die Arbeit der Kurdistan-Info und für Solidarisch Kritische Auseinandersetzungen mit anderen Politischen Gruppen und Personen sehr wichtig sind. Denn ohne Korrekte revolutionäre Theorie gibt es keine gute Praxis,das ist klar.Für uns Revolutionäre ist auch in diesen Kritischen Zeiten grundsätzlich größte Reinheit nötig.Dies muß besonders für verschiedene"Organisationen"gelten,die für den"Befreiungskampf"Kurdistans eintreten.Deshalb haben wir uns mit Themen beschäftigt,die auch viele unserer(sogar politisch engagierten) Leser nicht ausreichend bekannt sind,wie die "Nationale Frage","Kolonialismus"und "Annektion"uzw.
Bei Diskussionen erfärt man oft von Leuten(gut gemeinten)als hätten die Kurden in der Türkei die gleichen"Probleme"wie die Bayern in der BRD. Es klingt ein bischen amüsant,aber wir haben es ernst genommen und sind auf diese Thematik eingegangen.Wir glauben,daß diese Arbeit im gleichen maße für alle revolutionären Bewegungen wichtig ist. Darüber berichtenwir auf S.17
Als zweites Thema haben wir uns mit dem weitergehenden reaktionären Krieg zwischen Irak und Iran beschäftigt, der allen Beteiligten nur überaus großen Schaden bringt. Wir enthüllen die Hintergründe dieses Krieges und Verurteilen ihn ganz entschieden(siehe S.14

Die wichtigsten Ereignisse in der Türkei,die sich seit Bestehen der Militär diktator (Sept.1980) ereignet haben,lesen Sie im Leitartikel,Z.B.wie die ganze Bevölkerung durch das Militär terrorisiert wird und wie das Militär von ausländischen Waffen liferanten Poli - tisch,Finanziell vor allem Militärisch(besonders von der BRD und USA) unterstützt wird. Beispielweise West-deutschland unterstützt die Junta Militärisch mit 1,2 Milliarden DM. Es ist nicht ganz unwichtig, wenn die Bundesbürger sich etwas darüber Informieren,was man mit ihren Steuergeldern macht!

In dem Kapitel" Wissenswertes über Kurdistans"brinngen wir ein Gedicht über"SIMKO" widerstand der im Persischen Teil Kurdistans folgte.Wir berichten über allgemeine Stiationen dem Medizinischen Versorgungs,Ernährungs-Bildungswesen und Unterdrückungsmaßnahmen der Kurden. Schließlich brinngen wir einige Ausschnitte aus dem Bericht der Amnesty International(ai.)über Unterdrückungsmaßnahmen in der Türkei, Irak,Syrien und dem Iran.Damit unser Leser einen Objektiven Überblick über diese Länder bekommen kann.

KURDISTAN-INFO.

LEITARTIKEL:

EIN ALTES VOLK LEBT OHNE EIGENEN STAAT

Das Ziel, um das eines der ältesten Völker der Erde (erstmals 2300 vor U.Z.) seit Jahrhunderten fernab aller Karl-May-Romantik ringt, ist und war immer das selbe: Ein unabhängiges Kurdistan.
Obgleich durch Sprache und gemeinsamen Kampf gegen Mongolen, Türken und Perser zusammengeschweißt, blieben die Kurden doch immer zersplitterte Fürstentümer und Stämme. Das "Volk ohne eigenen Raum" lebt heute über vier Länder verstreut - Türkei, Irak, Iran und Syrien -, auf einem Gebiet von etwa der doppelten Größe der Bundesrepublik und zählt nach Schätzungen etwa 25 Millionen Köpfe. Die Zahl der in Iran lebenden Kurden wird offiziell mit 4 Millionen untertrieben. Tatsächlich dürfte Sie etwa 7 Millionen betragen.
Trotz der Anerkennung der Kurden als Volksgruppen indden Kurdischen Gebieten unter der Herrschaft der sozialistisch maskierten arabischen Reaktion aus Irak und Syrien, werden die kurdischen Dörfer und Städte bombardiert. Diese stetigen Gefechte dauern seit Jahren an. In der Türkei sind die Kurden als ethnische Gruppe nicht einmals existent: "Bergtürken" heißen Sie (obwohl ca. 12 Millionen dort leben) seit der rigorosen Türkisierungspolitik Kemal Atatürks. Denn für den Vater der "modernen" Türkei gab " nur Türken". Seit dem 12. Sept. 1980 (Putsch durch die Militärs) bekamen die Kurden einen neuen Titel: Heute nennt man Sie Separatisten.*

Sowohl in der Türkei als auch im Ausland wird "Separatismus" politisch, wirtschaftlich, psychisch und selbstverständlich (!) militärisch gekämpft.
Z.B.: Die jüngste Rache der türkischen Junta hat mit Hilfe der syrischen Baath-Regierung im syrischen Teils Kurdistans stattgefunden. Dabei sind 19 Partisanen der Organisation "Kawa" gefallen. Als die Guerillas der kurdischen oppositionellen Organisation "Kawa" sich in einem Bauernhaus befanden, wurde das Haus vom türkischen Militär aus der Luft bombardiert, obwohl es außerhalb "Türkischen Territoriums" liegt; offensichtlich mit stillschweigender Duldung der syrischen Baat-Regierung. Das Massaker kostete 19 Menschenleben, darunter eine schwangere Frau und Kinder. Wie inzwischen bekannt geworden ist, war unter den Toten auch das Mitglied des ZK von "Kawa" - Hüseyin Aslan. Nach Mitteilungen unserer Freunde und Verwandten, befinden sich z.Zt. ca. 47000 politische Häftlinge, die sich in verschiedene kurdische Befreiungsorganisationen zusammengeschlossen haben, in türkischen Militärgefängnissen .

97 Mitglieder der "UKO" wurden bisher zum Tode verurteilt; viele warten auf Ihren Prozeß. Haftstrafen von 40 - 100 Jahren (lebenslänglich) werden als "Geschenk" begrüßt. Die Zahl der gesamten Häftlinge in der Türkei liegt über 100.000.
Das kurdische Volk kämpft für seine Freiheit, für ein unabhängiges, vereintes und demokratisches Kurdistan. Deshalb werden Sie als "Separatisten" verfolgt und unterdrückt. Um den Wiederstand des kurdischen Volkes einzudämmen, wird in allen Orten Kurdistans Militärterror ausgeübt. In die Kurdengebiete (Nordkurdistan) zog die Armee als Besatzungsmacht ein; Ihre Präsenz ist grausam: Folterungen, Vergewaltigungen werden als "Zivilisation und Umerziehung der Massen" propagiert; damit wird "Ordnung" geschaffen, die wir schon von Nazi-zeiten kennen. Z.B. gegen den Willen der Bewohner wurde am Dorfplatz (in Süd-Ost-Anatolien - südlich von Nusaybin -) eine Vollversammlung abgehalten und zwangsweise die türkische Nationalhymne gesungen. Als alle Bewohner dieses Dorfes sich weigerten, diese Hymne zu singen, (diese Hymne klingt ähnlich wie Deutschland, Deutschland ...) mußten Sie stundenlang marschieren (Kinder, schwangere Frauen, alte Menschen, usw).

* siehe S. 6

DAS ALLTÄGLICHE LEBEN IN K U R D I S T A N :

ELEND !



TÜRKISCHE ARMEE IM EINSATZ :
Sie " zivilisieren " wieder die " S E P A R A T I S T E N* "



* Was sich hinter dem Gespenst " SEPARATISMUS " verbirgt ist die Kurden Frage. Die herrschenden in der Türkei vermeiden es jedoch Konsequent,die Kurden beim Namen zu nennen.Es handelt sich hierbei darum,die Gefühle der Bevölkerung auszunutzen:
1.)Die Kurden aufzuspalten,
2.)Die türkische Bevölkerung dadurch gegen Kurden aufzuhetzen.Denn im türkischen Sprach gebrauch bedeutet das Wort "Separatismus" dem sinn nach etwa "Vaterlandsverräter".Es ist auch kein zufall,daß sie dauernd von"Separatismus" und"OST-anatolien"reden.
OST-anatolien :das ist wieder die Umschreibung für das kurdische Gebiet in der Türkei...

Als sie wieder zurückkamen, mußten mehrere Männer öffentlich (!) einen Draht um das Geschlechtsteil binden und ihre Frauen wurden gezwungen, daran zu ziehen. Solche militärischen Terroraktionen* werden in der türkischen Presse als "Bekämpfung des Analphabetismus" gefeiert.
Wir sind sicher, über dieses unmenschliche Verhalten der türkischen Junta schämt sich jeder echte Demokrat.
Aber die Vertreter der türkischen Junta in Bonn, Paris, London usw. haben einen unverschämten Charakter.
Sie sind an ihre Posten gebunden: Jeder Befehl aus Ankara wird von ihnen automatisch befolgt und in bedrohlicher Weise im Ausland durchgeführt.

"Jubel - Briefe"

Mit einer gesteuerten Leserbrief-kampagne will sich die türkische Militär-Junta gegen Foltervorwürfe wehren:
Der Kölner Generalkonsul Ilhan Kiciman versendet an türkische Gastarbeiter in der Bundesrepublik Mustertexte für Leserbriefe, die sie an Zeitungen, Rundfunkanstalten und Parteien schicken sollen. Eine Adressenliste wird gleich mitgeliefert. Tenor der Jubel-Briefe, mit denen "einigen Elementen, die da von Folter reden", eineLektion erteilt werden soll: "Das türkische Volk und die 1,5 Millionen Türken, die in der BRD leben, haben großes Vertrauen zum Militär." (siehe Stern 19.2.1981) Türkische revanschisten lügen ohne dabei rot zu werden:

1.) Das türkische Volk hat kein Vertrauen zu der faschistischen Junta; Z.Zt. sind die Militärkasernen mit Häftlingen überfüllt. Sie haben so viele verhaftet, daß man ein ganzes Volk als Terroristen bezeichnen müßte.
2.) Es gibt nicht 1,5 Millionen Türken in der BRD. Wenn diese Zahl (1,5 Millionen) richtig wäre, dann müßte der Juntatreue Botschafter die Arbeiter aus Kurdistan und ihre Frauen und Kinder und Studenten (350 000 bis 400 000) von dieser Zahl abziehen. Noch eins: Herr Junta-Botschafter, wir sind keine Türken und wir sind weder "stolz" darauf, noch "glücklich" Türke zu sein.

Aber wir, die Arbeiter und Studenten aus Kurdistan solidarisieren uns aus ganzem Herzen mit dem türkischen Volk. Die türkischen, revolutionären Kräfte sind unsere Kampfgenossen. Die Junta ist faschistisch und bleibt unser Feind Nr. 1.
Es ist sehr bemerkenswert - und sehr eindeutig -, daß es Kräfte gibt, die die jetzige Junta als Wächter der Demokratie propagieren.
Nach unseren Beobachtungen haben sich bei der ARD einige merkwürdige Sachen entwickelt: Z.B.: Es wird täglich ein Programm für ausländische Arbeiter in der BRD von 17.40 Uhr bis 18.20 Uhr in türkischer Sprache ausgestrahlt. Wir finden es gut und schön, daß es so etwas gibt. Aber wir können es uns nicht erlauben, daß dadurch auf uns geschmimpft wird. Wenn dies eine Sendung wie "Stimme der Türkei" wäre, dann hätten wir nichts zu sagen, aber ein Land wie die BRD und eine Anstalt wie ARD, die in die Demokratie "verliebt" sind, können doch die schöne Demokratie nicht vergewaltigen lassen.

Wir machen hier weder Vorwürfe, noch Demagie. Wir reden hier von einer bestimmten Sache:
Wir wollen von unserem Recht Gebrauch machen. Das heißt:
Wie alle anderen ausländischen Arbeiter in der BRD, gibt es ca. 400 000 kurdische Arbeiter mit ihren Familienangehörigen in der BRD. Um diese Ungerechtigkeit zu beenden, fordern wir von den zuständigen Stellen eine sofortige Einführung für eine Sendung in kurdisch für kurdische Arbeitnehmer und Ihre Familien in der BRD. Und stoppt die chauvinistische Propaganda durch die türkischen Redakteure im WDR. Die Kurden sind in der Türkei "Seperatisten", aber das soll nicht heißen, daß Sie auch hier im Lande diskreminiert werden.
Oder sehen wir falsch?

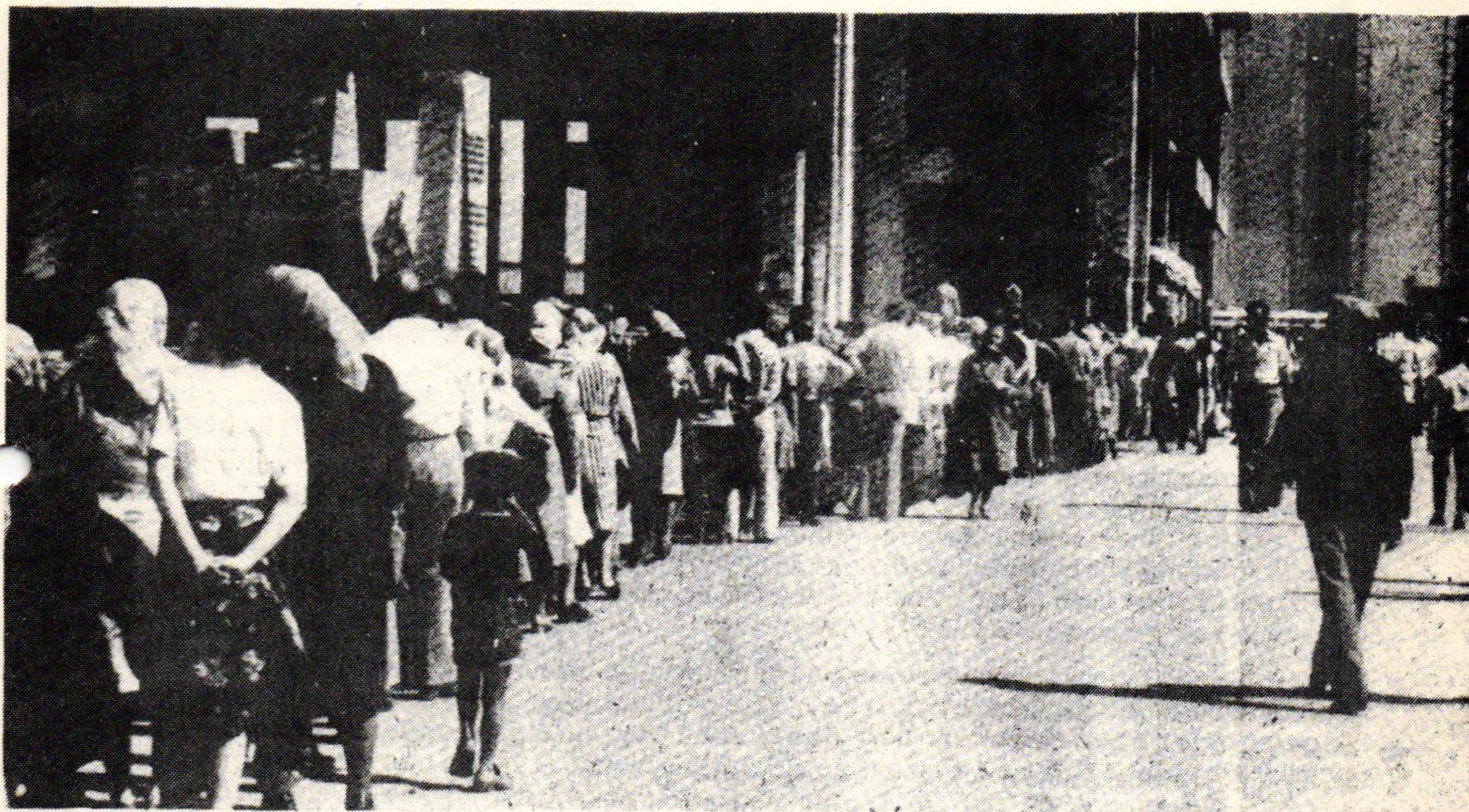
(*) Siehe S. 13

Die Besen kehren gut

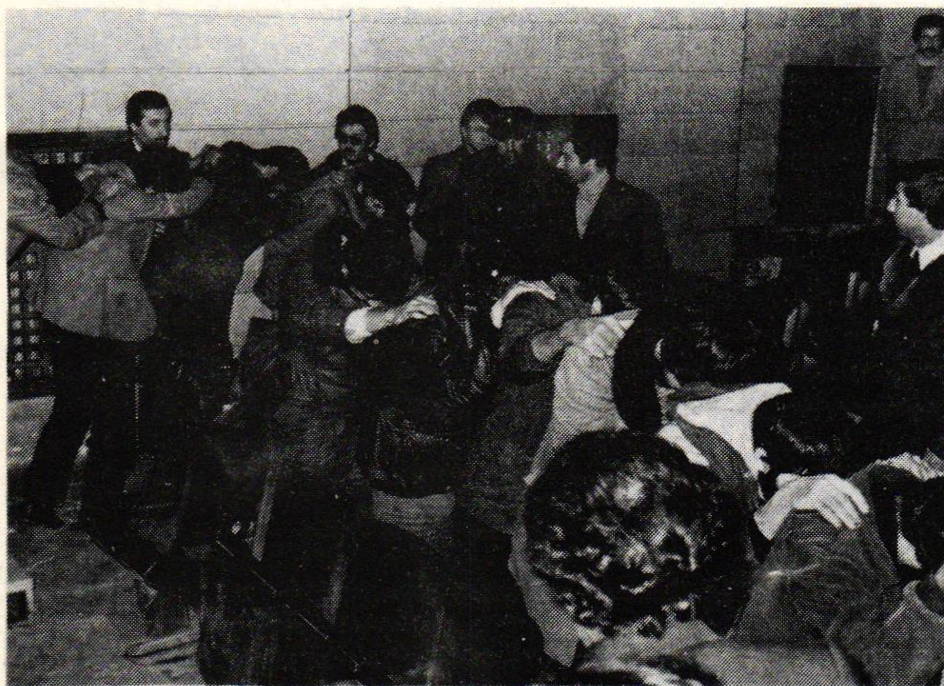
"Neue Besen kehren gut", besonders wenn sie Made-in-USA sind. Die türkische Militärjunta zeigt es. Die Militärs, die die Schulen von kritisch denkenden Lehrern"gesäubert" haben, die unabhängige gewerkschaftliche Organisationen verboten und die Parteien aufgelöst und die demokratische linke Opposition in den Untergrund oder ins Exil getrieben haben, beginnen jetzt mit nackter Erpressung. "Personen, gegen die Strafverfahren aus politischen Gründen eingeleitet sind, bekommen keinen Paß". Was die Junta von ihren eigenen Versprechen, zur Demokratie und zu den Grundrechten rasch zurückzukehren, wirklich hält, kann man dadurch besser verstehen. (Hoffentlich können dies auch die verantwortlichen deutschen Politiker endlich verstehen).
Wie es gemeldet wurde, konnte man am 17. 2. 1981 im "Staatsanzeiger" nachlesen: Es muß alle diejenigen zutiefst beunruhigen, die vor dem Terror der grauen Wölfe (=türkische Faschisten) und nach dem Militärputsch ins Ausland geflohen sind, und alle revolutionäre Oppositionellen hart betreffen. D.h. diese Opposition wird mit Zwangsausbürgerung erpresst. Das Dekret von Ankara stellt allen, die im Ausland Sicherheit vor Verfolgung suchen, ein unmenschliches Ultimatum. Sie müssen sich binnen drei Monaten - und im gegenwärtig geltenden Kriegsrecht sogar binnen vier Wochen - den türkischen Behörden stellen, sonst verlieren sie automatisch Ihr Bürgerrecht. Ihr Besitz wird eingezogen, sie sind im eigenen Land vogelfrei. Weshalb haben denn einige Zehntausend politisch engagierte Türken und Kurden seit dem Septemberputsch 1980 das Land verlassen? Weshalb suchen denn Gewerkschafter und Lehrer, Intellektuelle und Arbeiter in der BRD und in anderen Ländern mit rechtsstaatlicher Ordnung Schutz? Weil Sie ihres Lebens nicht mehr sicher waren, weder vor dem 12. September 1980 noch hinterher. Weil nicht nur graue Wölfe Heztjagden auf Andersdenkende unternehmen, sondern auch Offiziere und Mannschaften, (besonders in kurdischen Provinzen), die schon beim Hauch leiser Kritik Fieberanfälle erleiden und wütend losschlagen. Es hat ja nicht nur das Maraş-Massaker Dez. 1978 und das Mai-Massaker 1980 in Çorum gegeben, bei dem Rechtsradikale wie bei einer Treibjagd hundert Nicht-Rechte abgeschossen haben; es hat administrative Haftstrafen und Einweisungen in Untersuchungsgefängnissen gegeben, gerade nach dem Offiziersputsch und die türkischen Folterpraktiken haben sich herumgesprochen. (Zahl der Toten durch Folter liegt über 20), sie gehören auch zu gegenwärtigen System. Die Zwangsausbürgerung ist nackte Erpressung. Sechs in der BRD lebende türkische Künstler wurden aufgefordert, bis zum 13. März in die Türkei zu kommen - wie es uns bekannt wurde, sind 2 davon schon ausgebürgert -. Dort sollten sie sich vor dem Militärgericht wegen "anti-türkischer Aktivitäten im Ausland" verantworten. Die Bundestagsdelegation , die Anfang März in Ankara war, hätte gut daran getan, darauf hinzuweisen, daß die Militärdiktatur in der Türkei sich mit diesen Maßnahmen weit außerhalb des Rahmens gestellt hat, der für Demokraten erträglich ist. Leider war von den Bonner Abgesandten nichts zu hören (mit einer Ausnahme die FDP Politikerin); als wäre der deutsche Parlamentarierausschuß extra in die Türkei gereist, um die schöne Gegend in Ankara zu besuchen. Das Hauptthema wurde beiseite geschoben. Die pro-Junta Äußerungen der deutschen Abgeordneten waren Beleidigungen der anatolischen Völker. Wir hoffen, daß die Europa-Abgeordneten, wenn sie sich soweit für die Menschenrechte interessieren, in Straßburg der Türkei keine Brücken über den politischen Bosporus mehr bauen dürfen, den sie selbst zwischen sich und Europa gelegt hat. Und diesen Militärs noch Waffenhilfe zu gewähren, damit sie ihre Repressionspolitik

IST HIER VIELLEICHT EINE STRASSE IN WARSCHAU ?

NEIN ! DAS IST N A T O - L A N D TÜRKEI...



Für 1 Pfund Margarine muss **man** manchmal Tagelang anstehen





Ein Volk von "Terroristen" Wie die Nürnberger Massenverhaftungen

U N D TÜRKISCHER P I N O C H E T

Junta-Chef Evren

weiterführen können. Diese Hilfe ist - Bekämpfung des Terrorismus hin, Demokratieversprechen her - einfach unerträglich und verstärkt die Brutalität des Militärs gegen die ganze Bevölkerung in der Türkei und in Kurdistan.

Türkische Junta verschärft den Terror

Inzwischen weiß jeder ehrliche Mensch, daß die faschistische Junta bei der Verhaftung der CHP-Abgeordneten(*) (Replublikanische Volkspartei), dem Verbot von DISK (Progresive Arbeitergewerkschaftskonföderation), TÖB-DED (Lehrerverband) TÜM-DER (Beamtenverband) TMMOB (Ingenieurkammer), Rechtsanwälte und Ärztekammer mit"Terrorismus" argumentierte: Dabei bezweckte die Junta die gesamte Opposition, den Widerstand zu kriminalisieren. Wie der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Kluncker, erklärt hat, bestehen"keine Zweifel, daß in der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten werden." Kluncker, der sich als Präsident der "Internationale der öffentlichen Dienste (IöD)" vom 10.-12. Januar dieses Jahres in der Türkei aufhielt, erklärte nach seiner Rückkehr, in der Türkei sei die Demokratie "nicht existent". Tausende von Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern befinden sichin Haft, und es gebe für ihr keine Zweifel, "daß dort gefoltert oder noch gefoltert wird". Trotz tausender Verhaftungen, Ermordungen, Hinrichtungen und Folterungen duch die Militärs, trotz Beweismaterials, gelang es uns nicht, die deutschen verantwortlichen Politiker zu überzeugen, daß sie endlich mit Ihrem Waffengeschäft Schluß machen sollen. Wir haben mehrmals gesagt, daß die Völker Anatoliens keine deutsche sogenannte "Entwicklungshilfe" brauchen, und die Türkei bracht keine 193 Leopard-Panzer und 4980 Panzerabwehrrakten "Milan"! Solche Entwicklungshilfe kennen wir schon aus der Zeit des osmanischen Reichs. Was wir momentan brauchen, ist große Solidarität von demokratischen Menschen, weil wir gegen diese Junta entschieden kämpfen müssen. Diese Junta ist anders als die Putschisten von 1960 und 1971. Als die Generäle im März 1971 putschten, gingen sie in erster Linie gegen Studenten aller Couleur vor, aber heute gilt Ihr Groll besonders den Arbeiterorganisationen und dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Das zeigt sich dadurch, daß die Militärs kurzerhand den 1. Mai zum Zwangsarbeitstag erklärten.

Die Junta und seine Freunde haben schlechte Karten, Kurdistan wird befreit!

Langfristig gesehen, besitzen die Faschisten in Ankara keine Zukunftsperspektive. Sie konnten zwar bei kleinbürgerlichen Massen zeitweilig den Eindruck erwecken, als ob sie bessere wirtschaftliche Bedingungen schaffen würden und die Sicherhiet fürs Leben und Eigentum hergestellt hätten. In dem Maße aber, wie sich herausstellt, daß die vom Westen verordnete Wirtschaftspolitik die Türkei in den Abgrund führt, verflüchtigen sich die ursprünglichen Illusionen der Massen, die kurz nach dem Putsch in relativer Ruhe entstanden waren, weil die zivilen Faschisten (graue Wölfe) die Waffen niedergelegt hatten. An die Stelle des faschistischen Terrors tritt nun der Terror der Junta. Dagegen formierte sich eine mächtige Opposition, die noch nicht gelernt hat, sich zu artikulieren. Die einzige Hoffnung der Junta besteht darin, diese Opposition, vor allem aber die Arbeiterklasse in der Türkei und seine Bündnisgenossen in Kurdistan innerhalb kürzester Zeit niederzuwerfen. Deshalb mordet und foltert sie Menschen. Sie glaubt, daß Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem verewigen zu können, indem sie die Völker Anatoliens mit Waffengewalt niederhält. Trozt großer

(*) Nach dem Putsch wurden über 100 Parlamentarier verhaftet, darunter waren auch mehrere Abgeordnete aus kurdischen Provinzen (davon sitzen einige immer noch in Haft, ihnen wird "Separatismus" - kurdische Propaganda, zur Last gelegt, weil sie manchmal

SATILIK MÜSTAKİL KÖY

URFA'ya 25 kilometre yakınlıkta 2650 dönüm arazili, 15 bin dönüm mer'alı müstakil tapulu, PAYAMLI Nahiyesi YUKARIÇAYKUYU Muhtarlığına bağlı (HARAPTAR) köyü satılıktır.

Taliplilerin aşağıdaki adrese müracaatları duyurulur.

MÜRACAAT:
AHMET ÖNCEL

Bahçelievler, Renk **Sineması** Karşısı İnşaat **Bürosu**
Telefon 2213 — U R F A

Zu verkaufen Unabhängiges Dorf

25 km von Urfa entfernt, mit 2650 ha Land, mit 15 000 ha Weideland, dem Landkreis Payamli angehörendes Dorf Haraptar ist zu kaufen. Die Interessenten sollen sich an die u.g. Adresse wenden.

Anmeldung:
Ahmet Öncel
Bahcelievler, gegenüber vom Renk-Kino.

Anmerkung: Das Dorf gehört dem AGA Hac Ahmet. Er sagte, daß ihm dieses Land seit 25 Jahren gehört, aber in letzter Zeit nicht mehr rentabel ist und er alt geworden ist, um sich noch mit dem Dorf zu beschäftigen. In diesem Dorf gibt es 34 Häuser, 310 Menschen, 1250 Schafe und 140 Rinder. Außerdem Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen.
lt. nach Günayadin, 16. April 1978



Solche leute " VERTRETEN " die Kurden im türkischen

P A R L A M E N T



Alles muß wie geplant verlaufen !
" F E U E R F R E I " !



...Suche nach den " S E P A R T I S T E N " !

Gelder aus dem Westen, trotz Natovertrag und trotz deutscher Waffen, wird die Junta unser Volk nicht unterdrücken können. Schon die Generäle der 12. März 1971 Periode hatten einmal versucht, die Volksbewegung niederzuhalten. Was Sie aber ernteten, war eine viel mächtigere Gegenbewegung. Im Vergleich zur 12. März Periode haben die Militärs nun einen viel stärkeren Gegner vor sich. Jede Unterdrückungsmaßnahme der Junta

---

kurdisch gesprochen haben, aber nicht, weil sie das Interesse des kurdischen Volkes vertreten haben). Aus aktuellem Anlaß möchten wir über die sogenannten "kurdischen Abgeordneten" etwas berichten. Es ist richtig, daß es auch im "türkischen Kurdistan" in jeder Wahlperiode (nach 4 Jahren) Wahlen gibt. Viele Kandidaten sind objektiv gesehen Kurden, aber genauer betrachtet, stellt sich heraus, daß solche Leute gewählt werden, die mit der bestehenden türkischen Gesellschaft einverstanden sind, "Agas"* (Großgrundbesitzer) sind. Viele kennen Kurdistan nur von Reiseberichten, werden als direkte Kandidaten von Parteizentren aufgestellt. Diese Leute vertreten nicht die Interessen unseres Volkes. Die Wahrheit besteht darin, daß diese Kandidaten und ihre Parteien, die ihn als Kandidat aufgestellt haben, gegen Kurden sind. Z.B.: Will ein "kurdischer Abgeordneter" von diesen "grauen Wölfen" Partei (MHP) oder von der Profaschistischen "Demirel" Partei (AP) sich für Kurdenfragen einsetzen"? Ist das überhaupt denkbar?

Über Abgeordnete in der "CHP" brauchen wir hier nichts zu sagen, weil sie selbst im Jahre 1976 in einer Fernsehsendung erklärt haben, "daß sie sich nicht für Rechte des kurdischen Volkes einsetzen würden, weil es keine Kurden mehr gäbe, alle Kurden können sich in türkisch verständigen, türkische Schulen gäbe es schon überall". Übrigens gab es auch einen kurdischen General (Gürsel), der 1960 durch den Putsch Staatspräsident wurde und ein anderer ist 1971 durch den 2. Putsch Ministerpräsident (Melen) geworden. Der 1. hat veranlaßt, durch einen Gesetzentwurf die kurdischen Namen der Städte und Gemeinden zu ändern. Er bedrohte die Kurden in diesem Ton: "Wenn diese Bergtürken nicht Ruhe geben, wird die Armee nicht davor zurückschrecken, ihre Städte und Dörfer zu bombardieren. 'Es wird ein solches Blutbad, daß sie mit Ihrem ganzen Land von der Bildfläche verscnwinden.'"
(Dieses Zitat stammt aus dem Buch von J. Roth, "Die Türkei - Republik unter Wölfen" S. 114, Lamu Verlag, März 1981)

Der 2. setzte Armeeeinheiten gegen die arme Bevölkerung ein, um sie ohne Lohn für die "Agas" und den Straßenbau arbeiten zu lassen - unter Aufsicht des Militärs - damit die Militärfahrzeuge bis in die Mitte der Berge Kurdistans fahren konnten, denn bisher gelang es nicht, die Höhe der Berge Kurdistans zu erreichen. Früher war es nur mit Hubschraubern möglich. Er hat auch den Militärflughafen in Yüksekova (inzwischen fertiggestellt) - direkt an der iranisch-irakischen Grenze, der größte Militärflughafen im mittleren Osten, geplant, damit starke Armeeeinheiten in kürzester Zeit an Ort und Stelle einsatzbereit sind. Deshalb, wenn manche deutsche Behörden (wie es in Baden-Würthemberg geschah) über politische Asylanten Entscheidungen treffen, wäre es billige Rechtfertigung zu be-

* siehe S. 11

verstärkt nur den Wunsch der Massen nach Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit und nach einem menschenwürdigen leben Die Generäle der 12. März Periode hatten "Wind" gesät und "Sturm" geerntet. Die Generäle vom 12. Sept. 198o hatten aber gleich einen "Sturm" gesät, sie werden einen "Orkan" ernten... "Das alltägliche leben läuft doch nicht "ganz normal" !



haupten, es gäbe keine Unterdrückung der Kurden in der Türkei, weil die Kurden im türkischen Paralment ihre Vertreter haben. Um die Kurdenfrage zu verfälschen und sie sogar aus der Diskusion fernzuhalten, wird so getan, als seien sich alle Türken einig und als wären die Kurden gleichberechtigt. Schön wäre es ...

Die linken Türken schämen sich nicht (die Reaktionäre und Fschisten sind sowieso als Kurdenfeinde erzogen) über die kurdische Frage zu lügen und die Kurden auch hier im Ausland zu diskreminieren.

PS.: Über dieses interessante Thema werden wir in unserer nächsten Nr. Kurdistan-Info ausführlicher berichten.



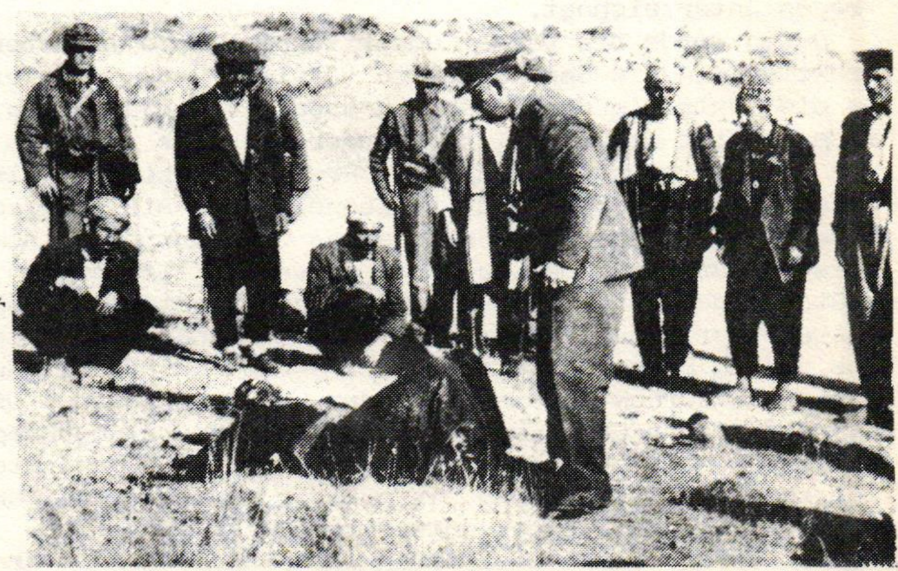
Türkische Militärs im Einsatz

IST HIER C H I L E ?

NEIN ! ABER DIE

JUNTAGENERÄLE

SIND DIE GLEICHEN !



Die Machenschaften der faschistischen türkischen Armee : Folter vor dem Augen der Mittbewohner des D O R F E S .

TERROR GEGEN KURDEN !

ÜBER DEN KRIEG ZWISCHEN IRAN-IRAK

Das Mittel-Ost-Gebiet ist seit langer Zeit Schauplatz vieler Gefechte gewesen. Die Brüdervölker dieses Gebiets wurden von fremden Mächten stetig gegeneinander gehetzt, denn dieses Gebiet ist eines der Vielen, das für den Imperialismus und die reaktionären Kräfte in der Welt eine große strategische Wichtigkeit besitzt. Dazu kommt der große Reichtum an Bodenschätzen in diesem Gebiet.
Wenn die Entwicklungen in diesem Gebiet historisch betrachtet werden, läßt es sich leicht nachweisen, daß die einzigen Verantwortlichen für diese Auseinandersetzungen heute wie gestern die Imperialisten und reaktionären Mächte waren. Die Imperialisten genieren sich nicht, für ihre menschenfeindlichen Vorteile die großen Völkermassen mit Hilfe ihrer Komplizen gegeneinander zu hetzen. Was für sie eigentlich wichtig ist, sind ihre maximalen Gewinne, und sie scheuen nichts, auch keine unmenschlichen Verbrechen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Konflikte und Auseinandersetzungen sind da nicht vermeidbar, wo die Imperialisten nach Hegemonie streben, und wo sie sich politisch, wirtschaftlich und militärisch einmischen.

Unsere Welt ist Schauplatz vieler Kriege dieser Art gewesen, und ist es auch noch heute. Der Krieg heute im Mittleren Osten ist ein Krieg dieser Art.

Der Krieg zwischen Iran und Irak ist weder aus sich selbst, noch zufällig ausgebrochen, und ist auch keine Folge von plötzlich aufgetretenen Konflikten zwischen Iran und Irak. Die Wurzel dieses Geschehens muß man woanders suchen.*

Wie man weiß, hat der Untergang der faschis-tischen Schah-Monarchie im Mittleren Osten heftige Erschütterungen erzeugt. In der Türkei z.B. hat der CIA die faschistische Junta an die Macht gebracht; Ägypten hat sich als Agent der USA entwickelt, und steht auf der Seite Israels gegen den Willen des palästinensischen Volkes.

Und schließlich sind die Russen nach Afganistan einmaschiert. Die Revolution im Iran konnte von all dem Geschehen nicht gestört werden. Der Weltimperialismus und die Reaktion haben eine große Front gebildet, um die Revolution im Iran niederschlagen zu können, und um die politische und wirtschaftliche Kontrolle über das Land wieder zurückzuerobern. Die Entwicklungen im irakisch-

---

* Algier-Abkommen zwischen Iran und Irak: Im März 1975 wurde am Rande einer OPEC-Konferenz in Algier ein Grundsatzabkommen zur Beilegung aller bilateralen Streitfragen unterzeichnet.
Darin wurde die vorher umstrittene Grenze im unteren Teil des Schatt al-Arab praktisch in die Gewässermitte ("Talweg") des Flusses gelegt, womit dem Disput um die Kontrolle der Zufahrt vom Golf zum iranischen Erdölzentrum Abadan ein Ende gesetzt werden sollte, ferner leiß der Irak den Anspruch auf die weitgehend von Arabern bewohnte iranische Provinz Chusistan (die in Bagdad immer noch "Arabistan" genannt wird) fallengelassen. Als iranische Gegenleistung ist anzusehen, daß Teheran auf Grund eines der Punkte des Abkommens, in dem sich beide Staaten zur Verhinderung "subversiver Infiltrationen" verpflichteten, die Unterstützung der kurdischen Rebellion schlagartig einstellte. (Der Schah von Persien hatte unter Aufsicht der USA den reaktionären kurdischen Rebellenführer "Barzani" und dessen Bewegung unterstützt, um die damals mit Rußland befreundete irakische Regierung zurück an die Seite der USA zu bringen.) Dies ist auch eine zusätzliche Lehre für eine Befreiungsbewegung: Ein Befreiungskampf kann nur dann Erfolg haben, wenn er sich ganz unabhängig - sei es organisatorisch, sei es politisch oder wirtschaftlich- aufbauen. Es muß die Realität des Landes berücksichtigen und den Bedürfnissen des Volkes entsprechen.
Unter Führung der Feudalherren wird Kurdistan nie frei. Eine revolutionäre und militante Organisation muß die Aufgabe übernehmen und den gerechten Kampf fortführen.

iranischen Krieg und in der iranischen Revolution müssen mit dialektischer Entschiedenheit untersucht werden. Eine andere Annäherung an diese Entwicklungen heißt, sich von den Imperialisten und der Reaktion sich reinlegen zu lassen. Denn die Volksbewegung im Iran, auch wenn sie kurzfristig bleibt, ist eine Bewegung, die die Interessen der Räuberstaaten der Welt bedroht.
Die Schläge dieser Revolution, die den USA-Imperialismus und seine westlichen Partner getroffen haben, haben Agressivität in diesen Ländern ausgelöst. Neben der Finanziellen und diplomatischen Blockade gegen den Iran, wurden auch militärische Kräfte eingesetzt, um ihre Interessen in Bedrohlicher Weise zu vertreten. (z.B.:Geißelbefreiungsversuch) Während auf der einen Seite massiv verschiedene Putschversuch unterstützt wurden, wurde auf der anderen Seite der Angriff Iraks auf den Iran geplant, wobei die vorhandenen Konflikte** zwischen den Ländern dafür ausgenutzt und hochgespielt wurden. Der Zweck war, das iranische Volk, das durch eine große Volksbewegung seine politische Unabhängigkeit gewonnen hatte, wieder zu unterjochen, die vorhandene Regierung zu zermürben, dem Iran die politische Unabhängigkeit zu entziehen und das Land wieder zum Wächter der westlichen Imperialisten im mittleren Osten zu machen.

Hier stellt sich die eine Frage: Haben die Imperialisten heute noch soviel Einfluß auf die Handels-Bourgoisie und die Obere Mittelschicht, daß sie diese dazu bewegen können, aktiv gegen die Revolution zu kämpfen, und das Land an die Seite der USA zurückzuführen. Unsere Antwort: (mit Berücksichtigung unserer Epoche) Imperialistische Oligarchien (Vereinigungen des finanziellen und des industriellen Kapitals) besitzen eine große Macht, sie können politisch unabhängige Länder unterjochen. Wir können dafür viele Beispiele nennen. Die Klassen, die im Iran die Regierung in der Hand haben, sind entsprechend ihrer Klasseninteressen nicht in der Lage, die Vorteile der Revolution zu verteidigen. Denn diejenigen, die die Regierung im Iran in der Hand halten, sind Vertreter der Ausbeuterklasse, sie können die Revolution nicht entwickeln und weiterführen. Sie würden ihr Ende nicht freiwillig vorbereiten, ganz im Gegenteil, wie würden die vorhandene Lage aufrechterhalten. Das ist es auch, was die iranische Regierung tut, d.h. sie verzögert und zersplittert den Kampf des Volkes durch Demagogie, und sie greifen die revolutionäre National- und Sozialbefreiungsbewegung in Kurdistan an.
Die iranische Regierung will sich stärken, um ihre politische Macht zu festigen, wobei sie die im Land existierende Reaktion, die religiösen Gefühle des Volkes und besonders den persischen Nationalismus gegen die Kurden anwendet. (genauso wie die Arabischen-Baasischen Nationalisten in Irak und Syrien und faschistische Turanisten und kemalistische türkische "Nationalisten" in der Türkei) 1)
Auf der anderen Seite versucht sie sich anti-imperialistisch zu zeigen, indem sie die"Geiselfrage" verwendete, um sich hinter ihr zu verstecken. Nachdem die Geiseln freigelassen wurden, hat sich diese Anti-imperialistische Sophisterei in eine anti-amerikanische verwandelt und die Beziehungen zu den anderen Imperialisten und Reaktionären Staaten haben sogar angefangen, sich zu erweitern.
Die neuen Herscherklassen im Iran bahnen den Imperialisten nicht auf einmal den Weg , weil sie Angst vor Konflikten mit der eigenen Bevölkerung haben, die sich für Revolution und Demokratie entschieden hat. Diese Herscherklassen wissen auch, daß die Revolution kein Feuer ist, das aufleuchtet und dann sofort wieder ausgeht. Die imperialistischen und antirevolutionären Staaten der Welt und im Vordergrund der USA- Imperialis-

** Siehe Pressespiegel S. 41

1) Siehe Kur[illegible]o Nr. 1

mus haben das Ziel, die Vorteile der Revolution im Iran anzugreifen , diese zu sabotieren, und die Resignation der herschenden Klassen im Iran zu beschleunigen. Die Redaktion des Kurdistan-Infos hält diese objektiven Wahrheiten im Auge und hat die Ansicht, daß die Vorteile der Revolution im Iran verteidigt werden müssen. Sie dient sowohl den Interessen der Völker im Iran, als auch den anderen in diesem ganzen Gebiet lebenden Menschen. Das Kurdistan- Info, daß sich entschlossen hat, die entzogenen Grundrechte des kurdischen Volkes im Ausland zu verteidigen, erklärt hier, daß der weitergehende Krieg zwischen Irak und Iran ein reaktionärer Krieg ist. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen dieser Länder, besonders die revolutionären Kräfte dieser Länder auf: Verurteilt mit uns diesen Krieg und macht ihn zu einem Krieg gegen die Reaktionäre im eigenen Land.
Denn die iranischen und irakischen Kolonialisten in diesem Krieg haben sowohl gegenseitig die kurdischen Städte bombadiert, als auch der Arbeiterklasse großen Schaden zugefügt. In diesem Krieg unterstützen die imperialistischen Staaten und die Reaktionäre der Welt Irak, politisch und militärisch, und nur durch diese Unterstützung war es dem Irak möglich, den Iran anzugreifen.
Auf alle kurdischen Patrioten kommt eine Frage zu, die sie beantworten müssen. Wie müssen sich die kurdischen Patrioten unter diesen Bedingungen Verhalten?
Wie wir es oben erwähnt haben, gilt es die Erungenschaften der Volksbewegung im Iran zu verteidigen, solange von der iranischen Administration kein Angriff auf das Volk aus Kurdistan (wie es in der vergangenen Periode der Fall war) gestartet wird. Parallel dazu muß man dafür propagieren, daß der Krieg zwischen den Völkern Irans und Irak ein Ende findet.
In der Zeit, in der der Irak einen Aggressionskrieg gegen den Iran führt, könnte man auf die Idee kommen, diese "Gelegenheit(!)auszunutzen", indem man gegen die iranischen Machthaber eine bewaffnete Auseinandersetzung führt. Aber dies würde einerseits von den persischen reaktionären Nationalisten zu ungunsten der Freundschaft des kurdischen Volkes mit den anderen iranischen Völkern ausgelegt. Andererseits werden die Ayatollahs das als eine billige Rechtfertigung ihrer Aggression gegen das kurdische Volk benützen.
Das ist der wichtigste Punkt, der begriffen werden muß. Die Niederlagen der kurdischen Befreiungsbewegung waren unvermeidlich, weil die objektive situation falsch eingeschätzt wurde, der Kraft des eigenen Volkes wurde nichtVertraut, (also in der Zeit, in der die Feudal-Bourgoisie und die Religiösen die führende Rolle übernahmen) und die Bewegungen haben sich in der letzten Periode auf fremde Mächte verlassen haben. Sie haben es nicht erreicht, die Solidarität der Arbeiterklassen des Iraks, des Irans Syriens und der Türkei zu erhalten.

Das kurdische Volk, das einen nationalen Befreiungskampf durchführen wird, kann sich jedoch von den anderen Völkern jenes Gebietes nicht isolieren. Es ist unmöglich, sich an einen imperialistischen Staat zu binden und gegen die anderen imperialistischen Staaten einen Befreiungskampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu eröffnen.
Die kurdische revolutionäre Bewegung muß sich mit den Völkern der Staaten, die Kurdistan ausbeuten(Iran, Türkei, Syrien, irak) vereinigen und in bestimmten Fragen starke Aktionseinheiten bilden. Es ist wichtig, das so zu begreifen.
Die feindseligen Angriffe aus verschiedenen Richtungen auf die Erungenschaften der iranischen Volksbewegung zeigt uns diese Tatsache noch einmal: Eine Revolution zu machen ist relativ leichter als sie und ihre Vorteile zu beschützen, die revolutionäre Einheit der Völker ist dafür eine Voraussetzung. Dies sollte ein wichtiger Bestandteil der revolutionären Theorie werden.

DER BEGRIFF DER N A T I O N:

Was ist eigentlich eine Nation?

Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft bestimmter einzelner Gruppen. Diese Gruppen sind weder eine Rasse noch eine Sippe. Die heutige italienische Nation ist aus den Römern, Germanen, Etruskern, Griechen, Arabern und anderen Volksstämmen entstanden; die französische Nation aus den Galliern, Römern und Germanen. Wir können sagen, daß die englische, die deutsche und andere Nationen aus verschiedenen Volksstämmen und Sippen entstanden sind.
Dies bedeutet, daß eine Nation nicht die Einheit einer Rasse oder Sippe ist, sondern eine historisch entstandene menschliche Gemeinschaft. Es besteht auch kein Zweifel, daß sich die großen Reiche, die Etrusker und Alexandriner, sicher aus verschiedenen Rassen und Sippen bildeten. Diese waren historisch gesehen als Reich zwar vorhanden, aber dennoch waren es keine Nationen, sondern nur Vereinigungen von Fürstentümern und verschiedenen Rassen, die sehr wenig Bezihhungen zueinander hatten. Sie waren Untertanen des Herrschers dieses Reiches. Durch Kriegszüge des Herrschers wurden neue Gebiete erobert und auch diese Menschen wurden zu Untertanen. Es ist verständlich, daß sie keine starken Bindungen zu anderen Gruppen dieses Reiches verspürten, da sie nicht historisch miteinander in Beziehung gestanden hatten.

Also bedeutet eine Nation nicht die zufällige Vereinigung einiger Menschenmassen, sondern sie ist eine bestimmte Vereinigung von Menschen. Aber auch nicht jede bestimmte Vereinigung läßt eine Nation entstehen. Österreich und Rußland waren auch bestimmte Vereinigungen, aber niemand kann diese als eine Nation bezeichnen.
Was ist es, das die nationalen Gebilde vom staatlichen Gebilde trennt?
Ein nationales Gebilde ist ohne die gemeinsame nationale Sprache nicht denkbar. Für den Staat ist jedoch eine gemeinsame Sprache nicht unbedingt notwendig. Die Tschechen in Österreich und die Polen in Rußland wären nicht ein Volksstamm geblieben, wenn sie nicht eine gemeinsame Sprache gehabt hätten. Andererseits ist die Existenz vieler Sprachen in Rußland und in Österreich zu keinem Hindernis für die Einheit dieser Staaten geworden. Unser Thema behandelt die Sprachen, die das Volk spricht. Das heißt, die gemeinsame Sprache ist eine Eigenschaft des Volkscharakters. Es ist klar, daß eine gemeinsame Sprache zwar notwendig ist für eine Nation, aber eine Sprache allein reicht noch nicht aus.
Es gibt ja Nationen mit gleicher Sprache, jedoch ist es für verschiedene Nationen nicht unbedingt erforderlich, auch verschiedene Sprachen zu sprechen. Es gibt aber keine Volksgruppe, die gleichzeitig mehrere Sprachen spricht (hier ist die Muttersprache gemeint). Die Engländer und die Anglo-Amerikaner sprechen die gleiche Sprache, aber sie bilden nicht die gleiche Nation.

Wir fragen uns: warum ist das so?

Der erste Grund ist, daß sie nicht zusammen, sondern voneinander getrennt leben.

Eine Nation kann nur als Folge stabiler und geordneter Beziehungen der Menschen durch ihr gemeinsames Zusammenleben von Generation zu Generation entstehen. Ein Teil der Engländer emigrierte nach Amerika und bildete hier zusammen mit Menschen anderer Nationalitäten mit der Zeit eine neue Nation, die USA.
Das Getrenntsein der Länder ergab

als Folge eine andere Nation. Es bedeutet also, die territoriale Einheit ist eine Eigenschaft der nationalen Entstehung.

Das ist noch nicht alles. Die Einheit des Territoriums bildet von sich aus noch keine Nation. Damit eine Nation entstehen kann, benötigen wir ein inneres Wirtschaftsnetz, in das die anderen Teile der Nation einbezogen werden und zu einer Einheit verschmelzen. Zwischen England und der USA besteht so ein Netz nicht. Aus diesem Grunde bilden beide zwei verschiedene Nationen. Anders ist es bei den einzelnen Bundesstaaten der USA: hätten die verschiedenen Staaten keinen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß miteinander, so könnte die USA auch nicht als eine Nation gelten. Zum Beispiel die Georgier. Vor der Revolution (1863-1867) lebten sie auf gleichem Territorium und sprachen die gleiche Sprache. Aber sie waren eindeutig keine Nation, weil sie in viele kleine Staaten aufgeteilt und ohne wirtschaftliche Beziehungen zueinander waren. Sie kämpften jahrhundertelang gegeneinander und führten sich gegenseitig in den wirtschaftlichen Abgrund, hetzten die Perser und die Türken gegen sich auf (was heute bei den Kurden nicht der Fall ist). Wenn auch die Vereinigung dieser kleinen Staaten durch einen König durchgeführt wurde, so war diese nur oberflächlich. In kürzester Zeit wurde diese Vereinigung durch das gleichgültige Verhalten der Prinzen und der Bauern zerstört. Der Niedergang konnte nicht ausbleiben, da Georgien wirtschaftlich schon geteilt war. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunders wurde Georgien durch den Kapitalismus und den daraus resultierenden Wirtschaftsaufschwung zu einer Nation.
Wir können das gleiche für die Länder sagen, die das Stadium des Feudalismus überwunden und den Kapitalismus entwickelt haben. Es bedeutet also ein gemeinsames wirtschaftliches Zusammenleben und eine wirtschaftliche Einheit sind eine Eigenschaft der Nation.
Aber das ist nicht alles.
Außer den oben genannten Gesichtspunkten muß man auch die Mentalität dieser in einer Nation vereinigten Menschen betrachten. Nationen trennen sich nicht nur durch Lebensbedingungen, sie trennen sich auch durch ihre nationalen kulturellen Eigenschaften. Obwohl England, Amerika, Nordirland und Schottland die gleiche Sprache sprechen, sind es trotzdem drei verschiedene Nationen, weil verschiedene Lebensbedingungen eine große Rolle spielen. Zunächst kann die Definition des nationalen Charakters einem Beobachter wirklich als etwas unmögliches erscheinen. Aber da sich dieses in der Aussage der gemeinsamen kulturellen Originalität findet, läßt es sich erklären und dürfte nich unbeachtet gelassen werden. Es ist unnötig, zu erklären, daß der nationale Charakter veränderlich ist und sich durch die Lebensbedingungen jedesmal in neue Formen pressen läßt. Da er in jedem Zeitalter besteht, hinterläßt er Spuren in der Struktur der Nation. Es heißt also, die Einheit in der geistigen Form der gemeinsamen Kultur ist eine Eigenschaft des Nationalcharakters. Somit haben wir alle Eigenschaften, die eine Nation zusammenbringen, angesprochen. Daraus folgt:

Nation; Sprache, wirtschaftliche Bindung untereinander, ein Zusammenhängen des Territoriums und eine gemeinsame Kultur lassen eine Nation entstehen, wenn sie historisch gewachsen ist und einen stabilen Zusammenhang bildet: wie es auch bei den Kurden der Fall ist.

Es ist nicht nötig, zu erklären, daß eine Nation wie jedes andere historische Phänomen den Gesetzen der Evolution unterliegt, eine Geschichte, einen Anfang und ein Ende hat. Es ist auch nicht nötig zu erklären. daß dann, wenn eine

der obengenannten Eigenschaften getrennt betrachtet würde, sie nicht zum Bestehen einer Nation ausreichend wäre. Überhaupt, das Fehlen einer dieser Eigenschaften würde ausreichen, daß eine Nation gar keine Nation mehr ist. Wir können uns Menschen denken, die gemeinsamen Nationalcharakter haben, aber wirtschaftlich nicht miteinander verbunden sind, auf verschiedenen Territorien leben und verschiedene Sprachen sprechen. Wir können nicht sagen, daß diese dann nur eine Nation bilden. Unserer Meinung nach ist der Fall der russischen, galizianischen, amerikanischen, georgianischen und Kaukas-Juden gleichermaßen. Wir können uns Menschen vorstellen, die auf dem gleichen Territorium leben und ein gemeinsames ökonomisches System haben. Aber wenn diese keine sprachliche Einheit und keinen Nationalcharakter haben, können sie keine Nation sein. Dies ist der Fall bei den Deutschen und Letonen in den baltischen Ländern. Nur durch die Vereinigung aller Eigenschaften kommt eine Nation zustande.

Von dieser Tatsache ausgehend muß man sich mit der Kurdenfrage auseinandersetzen.

Wenn wir diese zur Seite stellen und uns die linken Kräfte der Länder, die Kurdistan gemeinsam beherrschen (Türkei , Iran, Irak, Syrien) ganz neutral betrachten, sehen wir, daß sie nicht einmal den objektiv existierenden nationalen Befreiungskampf Kurdistans akzeptieren. Manchmal - sehr halbherzig - <u>behauptet die Linke</u>: (selbstverständlich sind die rechtsreaktionären Kräfte gegen die Kurden - siehe Kurdistan-Info Nr.1) "Der Kampf des kurdischen Volkes entwickelt sich". Dieses ist jedoch nicht einwandfrei richtig, denn die sich entwickelnde Kampf-Bewegung ist gleichzeitig die der ethnischen Gruppen, die das gleiche Schicksal mit dem kurdischen Volk teilen. Somit ist die ganze Bevölkerung an der Kampfbewegung Kurdistans beteiligt. Die Haltung der Linken ist in dieser Form nicht anzuerkennen, denn sie ist anti-revolutionär. Angenommen, der Kampf des kurdischen Volkes "entwickelt" sich, so ergeben sich folgende Fragen:

1. welches Ziel verfolgt der Kampf?
2. in welcher Form soll das Ziel erreicht werden?
3. und wiederum: welche Fremdmächte beunruhigt dieser Kampf?
4. wer sind diejenigen, die sich für einen Völkermord an den Kurden vorbereiten?
5. von wem werden diese Kräfte unterstützt?
6. welche Einstellung sollte der revolutionäre der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens dazu haben?

Eben diese Fragen sind es, die von der Linken, seit Jahren noch immer nicht beantwortet wurden! In diesem unklaren Zustand kann von den linken Kräften (d.h. die linken Kräfte der oben erwähnten Länder) nicht erwartet werden, daß sie den gesellschaftlichen Aufbau Kurdistans festlegen und Kurdistan befreien. Was sie bisher über dieses Thema (Kurdenfrage , Kurdistanproblem usw.) aussagen, war nicht anders, als eine inhaltlose, opportunistische und eine innere Verknüpfung mit dem Chauvinismus.

Einige Thesen die sie aufstellen sind Subjektiv und ein produkt ihrer Pragmatischen Anschauung. Zumbeispiel weshalb lehnen eigentlich die türkischen-Linken, die Feststellung Kurdistans als kolonie ab? weil dieses eine unabhängige(eigenständige)Organisation Kurdistans zur Folge hat, womit Kurdistan befreit wäre.

Die Türkei-Linke angeblich will die "Nationale Frage"klären,aber ohne sich dabei auf den revolutionären internationalismus zustützen.dies stelltkeine gute Aussicht dar.Es ist ein Bild das zeigt,daß zwischen Opportunismus und anderen anti-revolutionären strömungen keine großen Differenzen bestehen.Wenndie Türkei-Linke aber gelernt hätte,die Nationale Frage und das "sich Organisieren"aus der Sicht des revolutionären Internationalismus zusehen,wäre ihre "Ängste" bezogen auf die Tatsache des Kolonialismus status nicht vorhanden.Denn,um einen korrekten revolutionären standpunkt vertreten zu können,muß zuerst die gesellschaftliche Struktur eines landes(Beispiel Kurdistan) Festgelegt werden,dann die Organisatorische Arbeit.

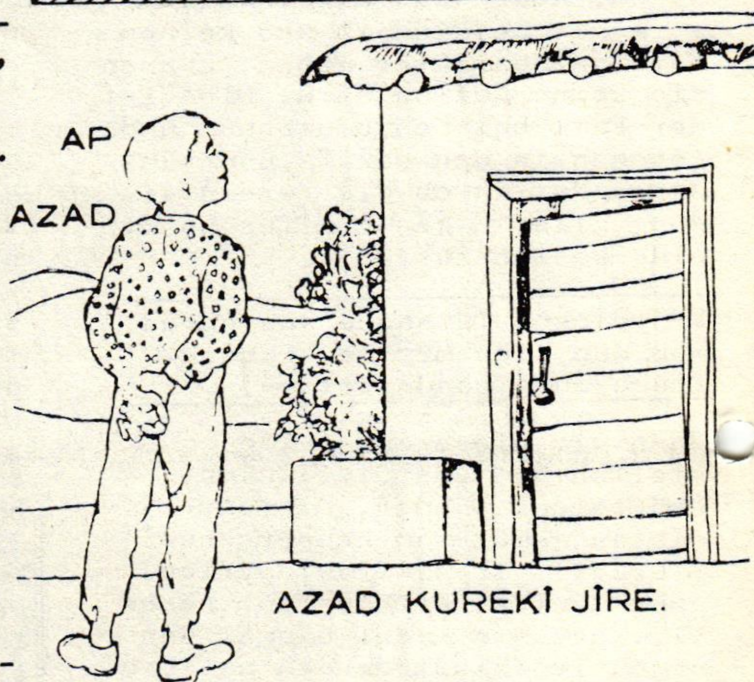
Aus diesem Grunde sind nicht wir-(Kurdistan-Info) es,die aussagen, daß Kurdistan kolonie sei.Wir vertreten die Ansicht,daß es sich Unabhängig Organisieren muß. Wir sagen,daß der Sinn des revolutionären Internationalismus die Einheit des revolutionären Klassenkampfes darstellt.

Wir betrachten die anderen Themen genauso wie das der Organisation aus dieser Sicht.

Was machen die türkischen"Demokraten"bzw. die sogenanten"Proletarischen Revolutionäre"die von dieser Ansicht weit entfernt sind?vorallem wurden sie über die Kurdistan Realität erst mit Erhöhung der Anti-kolonialistische Opposition unseres Volkes Wach. Dies ist der Grund,der türkischen Linken Untersuchungen über die Nationale Frage und den Kolonialismus zu vertiefen.

Das kurdische Volk existiert mit seinem Land und wird auch weiterhin existieren,und will es auch jedem beweißen.Nur ist es schwer zu sagen,daß die türkische Linken ernsthaft gegen (ganz allgemein)türkische kolonialherren kämpfen um die Tabus (inbesonder gegen die Staat-ideologie=Kemalismus)zu zerstören, die die türkische kolonialisten über diese kurdistans Realitäten legen.

Übrigens, ein sehr bemerkenswerter Punkt ist es,Folgendes hier anzumerken: Indem die Türkei-Linke die "kolonie Thematik" als "getrenntes Organisieren"(=Seperatismus) erklärt,handelt sie hierbei bewußt,um damit die Sympathie der Massen auf ihre Pragmatische Anschauung zu Kanalisieren. Denn im türkischen Sprachgebrauch bedeutet das Wort"Separatismus" dem Sinn nach etwa "Vaterlandsverräter".



Kurdische Fibel von Bozarslan. Sie wurde bei der Veröffentlichung beschlagnahmt, der Herausgeber verhaftet.

Die nationale Frage

Wir möchten uns hier mit zwei Fragen bescheftigen:

1. Was ist die nationale Frage?

2. Die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die bewafnete Revolution

1. Was ist die nationale Frage?

In den letzten Jahrzehnten hat die nationale Frage eine Reihe höchst bedeutsamer Wandlungen erfahren. Die nationale Frage in der feudal-bürgerlichen Periode und die nationale Frage inder Periode des bewafneten Kampfes sind bei weitem nicht ein und dasselbe. Sie unterscheiden sich gründlich voneinander, nicht nur im Umfang, sondern auch in ihrem inneren Charakter

Früher beschrenkte sich die nationale Frage gewönlich auf einen engen Kreis von Fragen, die hauptsächlich die "zivilisierten" Nationalitäten betrafen: Iren, Ungarn, Polen, Finnen, Serben und einige andere Nationalitäten Europas-das war der Kreis der nicht vollberechtigten Völker, für deren Schicksal sich auch linke opportunistische Führer interessierten. Die Millionen und Abermillionen der Völker Asiens und Afrikas, die unter der nationalen Unterdrückung in ihrer rohesten und grausamsten Form litten blieben gewönlich außerhalb der Blickrichtung. Man konnte sich nicht entschließen, Weiße und Farbige, "Zivilizierte" und "Unzivilisierte" auf eine Stufe zu stellen. Zwei, drei nichtnichtssagende und süßsaure Resolutionen, die die Frage der Befreiung der Kolonien geflissentlich umgingen, das war alles, womit die Führer der Feudal-bürgerlichen und opportunistischen Kreise hervortraten. Jetzt muß diese Zweispältigkeit und Halbheit in der nationalen Frage als beseitigt angesehen werden. Der revolutionäre Geist hat dieses schreiende Mißverhältnis aufgedeckt, die scheidewand zwieschen Weißen und Farbigen, Zwischen Europäern und Asiaten, zwischen "zivilisierten" und "unzivilisierten" Sklaven des Imperialismus niedergerissen und auf diese Weise die nationale Frage mit der Frage der Kolonien verknüpft. Dadurch ist die nationale Frage aus einer Einzelfrage und innerstaatlichen Frage zu einer allgemeinen und internationalen, zur Weltfrage der Befreiung der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien vom Joch des Imperialismus (siehe Kurdistan- Info Nr.1) geworden.

Feudal-bürgerliche und opportonistische Führer haben das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen gewönlich falsch ausgelegt und nicht selten zu dem Recht der Nationen auf Autonomie eingeengt. Manche Opportonisten gehen sogar soweit, daß sie aus dem Selbstbestimmungsrecht ein auf kulturelle Autonomie machen, d.h. das Recht der unterdrückten Nationen, ihre eigenen Kultureinrichtungen zu besitzen, Während die gesamte politische Macht in den Händen der herschenden Nation belassen werden soll.
Dieser Umstand führt dazu, daß die Idee der Selbstbestimmung Gefahr läuft, sich aus einem Mittel des Kampfes gegen Annexionen in ein Mittel zur Rechtfertigung der Annexionen zu verwandeln.
Jetzt muß diese Konfusion als überwunden angesehen werden. Die revolutionäre Haltung hat demgegenüber den begriff der Selbstbestimmung erweitert, indem sie ihn auslegte als das Recht der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und Kolonien auf vollständige Lostrennung, als das Recht der Nationen auf selbständige staatliche Existenz.
Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, Annexionen zu rechtfertigen durch die Auslegung des Selbstbestimmungsrechts als das Recht auf Autonomie. Das Prinzip der Selbstbestimmung selbst wird oft vefälscht. Somit wird aus einem Mittel zur Täuschung der Massen, das in den Händen der Sozialchauvinisten während des imperialistischen Krieges zweifellos war, auf der anderen Seite zueinem Mittel der Entlarvung aller und jeglicher imperialistischen Gelüste und chauvinistischer Macenschaften, zu einem Mittel der politischen Aufklärung der Massen im geist des Internationalismus.

Heute pflegt man im allgemeinen die Frage der unterdrückten Nationen als rein rechtliche (die Kurden haben auch dieses Recht noch nicht genossen) Frage zu be handeln.
Feirliche Proklamierung der "nationalen Gleichberechtigung",unzählige Deklarationen über "Gleichheit der Nationen"-damit begünigen sich auch die sogenannten "Revolutionäre",die die Tatsache zu vertuschen suchen, daß "Gleichheit der Nationen" unter dem Imperialismus, wo eine Gruppe von Nationen (die Minderheit) von der anderen Gruppe von Nationen lebt,eine Verhöhnung der unter - drückten Völker ist. Es ist höchste Zeit, daß diese bürgerlich-rechtliche Auffassung in der nationalen Frage entlarvt wird.
Der aufrichtige revolutionäre Geist muß die nationale Frage von den Himmelshöhen hochtabender deklarationen auf die Erde herunterholen, indem er erklärt, daß deklarationen über "Gleichheit der Nationen", die nicht von den revolutionären Organisationen durch direkte Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völ ker bekräftigt werden,hohle und verlogene Deklarationen sind.
Nur damit kann die Frage der unter drückten Nationen zur Frage der Unterstützung, der Hilfe,der wirklichen und ständigen Hilfe für die unterdrückten Nationen in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, für wirkliche Gleichheit der Nationen, für ihre selbständige staatliche Existenz werden.

Während der feudal-bürgerlichen Periode und auch heute in den opportonistischen Kreisen pflegte und pflegt man die nationale Frage als eine gesonderte, selbständige Frage, ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Herr - schaft des Kapitals und des Sturzes des Imperialismus durch die Revolution zu handeln.

Stillschweigend wird vorausge - setzt,daß der sieg des Proletariats in Europa möglich sei ohne direktes Bündnis mit den Befreiungsbewegungen in den in den Kolonien, daß die nationale und koloniale Frage im Stillen,"ganz von selbst" gelöst werden könne, abseits von der breiten Heerstraße des Proletariats, ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus. Es mus endlich dieser antirevolutionäre Standpunkt entlarvt werden.

Der revolutionäre Geist hat den Beweis erbracht, und der imperialistische Krieg und die Revolu - tion in Rußland (Oktober 1917)haben bestätigt, daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der Revolution und auf dem Boden des bewaffneten Kampfes gelöst werden kann, daß der Weg zum Sieg der Revolution in Europa über das revo - lutionäre bündnis mit den Befreiungsbewegungen der kolonien und der abhängigen Länder gegen den Imperialismus führt.

<u>Die Frage ist :</u> Sind die im Schoße der rewolutionären Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder und Kolonien vorhandenen revolutionären Möglichkeiten bereits erschöpft oder nicht, und falls sie nicht erschöpft sind, besteht begründete Hoffnung darauf, diese Möglichkeiten für die Revolu - tion nutzbar zu machen, die abhän gigen und kolonialen Länder aus einer Reserve des Imperialismus zu einer Reserve des Revolutionären Kampfes. zu einem Bundesgenossen machen zu können ??

Wir bejahen diese Frage, d,h. wir vertreten die Ansicht, daß im scho ße der nationalen Befreiungsbewe - gungen der unterdrückten und kolo nialen Länder revolutionäre Potenz en vorhanden sind, und halten es für möglich, diese für den Sturz des gemeinsamen Feindes, für den Sturz des Imperialismus nutzbar zu machen.

Daraus ergibt sich die Notwendig keit, daß das Proletariat der "herschenden" Nationen die natio nalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker entschieden und aktif unterstützen muß.

Das bedeutet natürlich nicht,dass die revolutionären Kräfte Jede nationale bewegung, immer und überall, in allen einzelnen konkreten Fällen unterstützen müssen . Es handelt sich um die unterstützung der nationalen Bewegungen , die auf die Schwachung, auf den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung und Erhaltung gerichtet sind. Selbstverständlich gipt es Fälle, wo die nationalen Bewegungen einzelner unterdrückten Länder und Kolonien mit den Interessen der Revolutionären in Konflikt geraten können. Es ist selbstverständlich, dass in solchen Fällen von einer Unterstützung keine Rede sein kann.

Dazu zwei Beispiele aus der Geschichte Kurdistans :

I. die von Barzani im irakischen Teil Kurdistans geführte Autonomiebewegung,

2. der im iranischen Teil Kurdistans stattgefundene SIMKO Aufstand und die im türkischen Teil Kurdistans I5 Jahre andauernden AGRİ, SASON, ZILAN, DERSIM Widerstände (I923 - I938) .

Die Barzani Autonomiebewegung war antirevolutionär, obwohl viele arme Bauern sich an dieser Bewegung beteiligten. Die führung war reaktionär, hatte kein Vertrauen zu ihrem eigenen Volk.

Sie hatten die Absicht, dass man sich auf einen imperialistischen Staat stützen müsse, um gegen andere Feinde "kämpfen" zu können. Dagegen richteten sich die oben genannten anderen Widerstandsbewegungen direkt gegen Annexionen, aber die Führung war politisch nicht in der Lage, diesen Volkswiderstand durchzusetzen, weil es nicht gelang, die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung der unterdrückten Staaten zu erhalten.

Insbesondere die sogenannten "Revolutionäre" bzw. Komunisten der herschenden Nationen unterstützen diese Aufstande -besonders den DERSIM Aufstand -nicht, z.B. die Führer der türkischen kommunistischen Partei unter Vorsitz von Sefik Hüsnü äusserten sich gegen diesen Volks aufstand und bezeichneten den seitens der türkischen Armee an dem kurdischen Volk (unter Führung von Atatürk, dem Vater der jetzigen Junta- Bewegung) begangenen Völkermord als "Aktion der Verteidigung der türkischen Revolution". Schmerzlich,aber wahr!

Leider hat sich inzwischen im türkischen linken Lager sehr wenig geändert.
Auch heute gelten kurdische Organisationen oder Personen, die für ein unabhangiges Kurdistan eintreten, als Separatisten, als Nationalisten und als Anti - Internationalisten.

Im iranischen Kurdistan wird Freiheitskämpfern sogar vorgeworfen, " Diener des US-Imperialismus zu sein. Aber es ist Tatsache, dass solche Vorwürfe, die nicht der Wahrheit entsprechen, Feindseligkeit zwieschen den Völkern dieser Regionen hervorrufen und verstärken.

Wie wir bereits in der ersten Ausgabe des Kurdistan- Info in dem Beitrag "Geschichtlicher Abriss der politischen Lage in Kurdistan" dargestellt haben,

PRESSE ERKLÄRUNG
die bombardierung 19 zivilisten durch Militär diktatoren in Kurdistan
32 seiten 1 DM
Bestellung: post l.k Nr 090969 A 58 Hagen

wiederholen wir hier nochmals, daß es - wie unter anderen Nationen der Welt - auch unter Kurden Organisationen gibt wie: kurdische Nationalisten, kurdische Reaktionäre, kurdische Kontra-Revolutionäre. Natürlich gibt es auch revolutinäre Patrioten, die Internationalisten sind und gleichzeitig auch für ein vereinigtes,unabhängiges, demokratisches Kurdistan kämpfen und sich für einen revolutionären Internationalismus einsetzen. Jeder ehrliche Mensch, der nicht durch nationalen Chauvinismus vergiftet ist, gibt uns recht und steht auf der Seite der Gerechtigkeit.

Nach diesem sehr eindeutigen Beispiel kommen wir wieder zurück zu unserem Thema.
Die Frage nach den Rechten der Nationen ist keine isolierte, in sich abgeschlossene Frage, sondern ein Teil der allgemeinen Frage der Revolution, die dem ganzen untergeordnet ist und vom Standpunkt des ganzen aus betrachtet werden muß. Zum Beispiel in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der große Denker K. Marx für die nationale Bewegung der Polen und Ungarn und gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslaven. Warum? Weil die Tschechen und Südslaven damals reaktionärer "russischer Vorposten" in Europa, Vorposten des Absolutismus waren, während die Polen und Ungarn Revolutionäre waren,die gegen den Absolutismus kämpften, weil die Unterstützung der nationalen Bewegung der Tschechen und Südslaven damals eine indirekte Unterstützung des Zarismus, des gefährlichsten Feindes der revolutionären Bewegung in Europa, bedeutete.

So verhält es sich mit der Frage der einzelnen nationalen Bewegungen, des möglichen reaktionären Charakters dieser Bewegungen natürlich nur, wenn man sie nicht vom formalen Standpunkt,nicht vom Standpunkt abstrakter Rechte, sondern konkret, vom Standpunkt der Interessen der revolutionären Bewegung aus betrachtet.

Das gleiche gilt auch für den revolutionären Charakter der nationalen Bewegungen überhaupt. Die zweifellos revolutionäre Natur der gewaltigen Mehrzahl der nationalen Bewegungen ist ebenso relativ und eigenartig wie die mögliche reaktionäre Natur mancher einzelner nationaler Bewegungen relativ und eigenartig ist. Aber der revolutionäre Charakter einer nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt keinerfalls voraus, daß an der Bewegung unbedingt proletarische Elemente teilnehmen müssen, daß die Bewegung ein revolutionäres bzw. republikanisches Programm, eine demokratische Grundlage haben muß.

Der Kampf des Emirs* von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans war beispielsweise objektiv ein revolutionärer Kampf trotz der monarchistischen Anschauungen des Emirs und seiner Kampfgefährten, denn dieser Kampf schwächte, zersetzte, unterhöhlte den Imperialismus, während der Kampf solcher "verbissenen" Demokraten und "Sozialisten", "Revolutionäre" und Republikaner wie, sagen wir, in der Zeit Kerenskis und Zeretelis, Renaudels und Scheidemanns, Tschernows und Dans, Hendersons und Clynes während des imperialistischen 1. Weltkrieges ein revolutionärer Kampf war", denn er hatte die Beschönigung, die Festigung und den Sieg des Imperialismus zufolge.

Ein anderes Beispiel der Gegenwart

Der Greis in Ghom, Ayatollah Khomeini, der religiös und antimarksist orientiert ist. Seine Haltung gegenüber Imperialisten (wenn es auch nicht korrekt ist) macht ihn tausendmal progressiever als J. Marché, Karillio oder Berlinguer, d.h. die Revolutionäre müssen einzelne Fälle prüfen und dann Schlußfolgerungen ziehen, nicht wie es Linksopportunisten oder Sektierer machen , "alles was nicht in unser Ideal paßt, muß entlarvt werden".

Ein Beispiel aus der Vergangenheit:

Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und bürgerlichen Intellektuellen für die Unabhängigkeit Ägyptens war aus denselben Gründen objektiv ein revolutionärer Kampf, obgleich die Führer der ägyptischen nationalen Bewegung bürgerlicher Herkunft und bürgerlichen Standes waren, obgleich sie gegen den Sozialismus waren, wohingegen der Kampf der englischen Arbeiterregierung für die Aufrechterhaltung der abhängigen Stellung Ägyptens aus denselben Gründen ein reaktionärer Kampf war, obgleich die Mitglieder dieser Regierung proletarischer Herkunft und proletarischen Standes waren, obgleich sie für den Sozialismus waren.

Fassen wir zusammen: wir folgern, daß man die nationale Bewegung der unterdrückten Völker nicht vom Standpunkt der formalen Demokratie, sondern vom Standpunkt der wirklichen Resultate in der Gesamtbilanz des Kampfes gegen den Imperialismus einschätzen muß, d.h. nicht isoliert, sondern global. Wenn wir heute für ein befreites Kurdistan eintreten und für die Grundrechte des kurdischen Volkes kämpfen, hat es keine abenteuerlichen Gründe. Wir lassen uns nicht aus Langeweile und ganz bestimmt nicht zum Spaß als 20 oder 30jährige junge Menschen zum Tode verurteilen, sondern wir lernen aus der Geschichte. Wie die Geschichte mehrmals bewiesen hat, hat es ohne ein unabhängiges Kurdistan in diesem Ländervierack keinen Frieden gegeben und wird auch keinen Frieden geben.

Wenn die Interessen der herrschenden Klassen gefährdet sind, dann putscht das Militär in der Türkei unter dem Deckmantel "Separatisten wollen die Türkei aufteilen", Iraker und Syrer setzen ihre Armee in Dauereinsatzbereitschaft gegen angebliche äußere Angriffe, in Persien ist kontrarevolutionär, wer nicht"Allahu Akbar", sondern "unabhängiges Kurdistan" sagt. Iran und Irak bombardieren zur Zeit gegenseitig kurdische Städte und Dörfer. Die reaktionäre Kampffront am Golf hat sich nach Norden ausgedehnt, d.h. sie kämpfen jetzt in Kurdistan.

Die türkische Junta arbeitet eng mit Syrien, Irak und Iran gegen den"Separatismus"und die ganze westliche Allianz liefert Geld, Panzer und Munition in großen Mengen an die faschistische Junta in Ankara.
Wie verhält man sich in dieser Situation wirklich?
Unserer Meinung nach gibt es zwei Wege:

a) Man ist blind oder Chauvinist, steht hinter der Junta wie die sogenannten türkischen "Demokraten"

oder

b) Man tut etwas gegen die Brutalität in der Türkei. Man wehrt sich gegen Völkermord (siehe Presse - Spiegel in diesem Länderviereck, in dem ein ganzes Volk terrorisiert wird.

Daß man sich der gleichen Methoden wie bei der Vernichtung der Armenier bedient, geht ganz eindeutig aus den Parolen der derzeitigen türkischen Junta hervor. Die Junta-Leute schreien überall:"Wer nicht von uns ist, wird ausgebürgert", d.h. wer nicht Türke ist ("Türke, sei stolz!") und etwas kritisch denkt, muß ausgerottet werden. Genauso hat es der Vater der jetzigen Junta-Leute, Atatürk, mit den Armeniern gemacht.
Da Armenier keine Türken waren, genügte die andere Nationalität den türkischen Herrschern, diese auszurotten.

2) Die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die Revolution

Jetzt können wir bei der konkreten Lösung der nationalen Frage von folgenden Gesichtspunkten ausgehen:

a-Die Welt ist in zwei Lager geteilt: in das Lager einer Handvoll zivilisierter Nationen, die über das Finanzkapital oder Staatskapital verfügen und die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs ausbeuten, und in das Lager der unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Kolonien und der abhängigen Länder.
b- Die Kolonien und die abhängigen Länder, die vom Finanzkapital unterdrückt und ausgebeutet werden, bilden eine gewaltige Reserve und eine überaus wichtige Kraftquelle des Imperialismus;
c- der revolutionäre Kampf der unterdrückten Völker in den abhängigen und kolonialen Ländern gegen den Imperialismus ist der einzige Weg zu ihrer Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung;
d- viele der kolonialen und abhängigen Länder wie Asien, Afrika und Lateinamerika haben bereits den Weg der nationalen Befreiungsbewegungen beschritten, der zur Krise des Weltkapitalismus führen muß;
e- die Interessen der proletarischen Bewegung in den entwickelten Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien machen die Vereinigung dieser beiden Arten der revolutionären Bewegung zu einer gemeinsamen Front gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus notwendig;
f- der Sieg der Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern und die Befreiung der unterdrückten Völker vom Joch des Imperialismus sind unmöglich ohne die Bildung und Festigung einer gemeinsamen revolutionären Einheit;
g- die Bildung einer gemeinsamen revolutionären Front ist unmöglich ohne direkte und entschiedene Unterstützung der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker durch das Proletariat der unterdrückten Nationen gegen den "vaterländischen" Imperialismus und Feudal-Militarismus, denn wie F.Engels zu seiner Zeit gesagt hat, "kann ein Volk, das andere Völker unterdrückt, nicht frei sein".
Z.B. solange das Recht auf Selbstbestimmung dem kurdischen Volk verweigert wird, wird es vom Bosporus bis zum Persischen Golf keine Demokratie, keine Freiheit und keine "Stabilität" geben;
h-diese Unterstützung bedeutet die Verfechtung, Verteidigung und Verwirklichung der Losung: Recht der Nationen auf Lostrennung, auf selbständige staatliche Existenz;
i- ohne Verwirklichung dieser Losung ist es unmöglich, die Vereinigung und das Zusammenwirken der Nationen in einer einheitlichen Weltwirtschaft in die Wege zu leiten, die die materielle Basis für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt bildet;
j- diese Vereinigung kann nur eine freiwillige Vereinigung sein, die auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Beziehungen der Völker zustandekommt. Denn weder Revolution noch Sozialismus kann exportiert werden.

Daher die Notwendigkeit eines hartnäckigen, ununterbrochenen, entschlossenen Kampfes gegen den Chauvinismus der "Sozialisten" der herrschenden Nationen, die nicht gewillt sind, gegen ihre eigenen imperialistischen bzw. feudal-militärischen Regierungen zu kämpfen; die nicht gewillt sind, den Kampf der unterdrückten Völker "ihrer" Kolonien für die Befreiung von der Unterdrückung und für die staatliche Lostrennung zu unterstützen.

Ohne diesen Kampf ist es undenkbar, die Arbeiterklasse der herrschenden Nationen im Geiste des wahren Internationalismus, im Geiste der Annäherung der werktätigen Massen der abhängigen Länder und der Kolonien, im Geiste der wirklichen Vorbereitung der Revolution zu erziehen.
Zum Beispiel die Revolution in Rußland (Okt. 1917) hätte nicht gesiegt, und Koltschak* und Denihin wären nicht geschlagen worden, wenn das russische Proletariat nicht die Sympathien und die Unterstützung der unterdrückten Völker des ehemaligen russischen Reiches genossen hätten.
Um aber die Sympathien und die Unterstützung dieser Völker zu erwerben, mußte es vor allem die Ketten des russischen Imperialismus sprengen und diese Völker von der nationalen Unterdrückung befreien.

Daher die Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Abgeschlossenheit, Beschränktheit und Isolation der Sozialisten der unterdrückten Länder und Kolonien, die nicht über "ihren nationalen Kirchturm hinaussehen wollen" und den Zusammenhang zwischen der Befreiungsbewegung ihres Landes und der proletarischen Bewegung der herrschenden Länder nicht begreifen. Ohne diesen Kampf wäre es undenkbar, eine selbständige Politik des Proletariats der unterdrückten Nationen und seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der herrschenden Länder im Kampf für den Sturz des gemeinsamen Feindes, im Kampf für den Sturz des Imperialismus durchzusetzen.

Ohne diesen Kampf wäre der Internationalismus unmöglich.
Das ist der Weg zur Erziehung der werktätigen Massen der herrschenden und unterdrückten Nationen im Geiste des revolutionüren Internationalismus.

* Armee Führer der Zaristischen Regime

Über diese zweifache Arbeit der Revolution zur Erziehung der Massen im Geiste des Internationalismus sagte der große Denker Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin (von dem die türkischen und iranischen Opportunisten oft "Zitate" benutzen, um ihre antirevolutionüren Ideen zu rechtfertigen.
Aber der große Denker ist selbst für die Rechte der kleinen Nationen eingetreten und hat es auch praktiziert. Zum Beispiel: Lostrennung der finnischen Nation von Rußland wurde per Vertrag von Lenin unterzeichnet.
Leider sind unsere ! Perser und Türken immer auf dem linken Auge blind gewesen. Wir lesen es bei Lenin):
"Kann diese Erziehung... konkret die gleiche sein für die großen, unterdrükenden und für die kleinen, unterdrückten Nationen, für die annektierenden und für die annektierten Nationen? Offenbar nicht. Der Vormarsch zum gemeinsamen Ziel: zur vollen Gleichberechtigung, zur engsten Annäherung und weiteren verschmelzung aller Nationen erfolgt hier offenbar auf verschiedenen konkreten Wegen, ebenso wie, sagen wir, der Weg zu einem Punkt, der sich in der Mitte der vorliegenden Buchseite befindet, von einem Rande aus nach links, vom gegenüberliegenden Rande aus nach rechts führt. Wenn der Sozialdemokrat einer großen, Unterdrückenden und annektierenden Nation, der sich im allgemeinen zur Verschmelzung der Nationen bekennt, auch nur eine Minute lang vergißt, daß "sein" Nikolaus 11., "sein" Wilhelm, Georg, Poincare uzw. ebenfalls für die «Verschmelzung» mit den kleinen Nationen ist (mittel Annexionen) - Nikolaus 11. für die Verschmelzung mit Galizien, Wilhelm 11. für die "Verschmelzung" mit Belgien uzw. - so ist ein solcher Sozialdemokrat ein lächerlicher Doktrinär in der Theorie, ein Helfershelfer des Imperialismus in der Praxis.

Der Schwerpunkt der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den unterdrückenden Länder muß unbedingt darin liegen, daß sie die Freiheit der Lostrennung der unterdrückten Länder propagieren und verfechten. Ohne das gibt es keinen Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozi-

aldemokraten einer unterdrückenden Nation,der diese Propaganda nicht betreibt,als Imperialisten und Schurken zu behandeln.Das ist eine unbedingte Forderung,selbst wenn der Fall der Lostrennung vor der E r r i c h t u n g des Sozialismus auch nur einem von tausend Fällen möglich und durchführbar wäre...
Umgekert muß der Sozialdemokrat einer kleinen Nation den Schwerpunkt seiner Agitation auf das zweite Wort unserer allgemeinen Formel legen:freiwillige Vereinigung der Nationen.Er kann,ohne seine Verpflichtungen als Internationalist zu verletzen,sowohl für die politische Unabhängigkeit seiner Nation als auch für ihren Anschluß an den Nachbarstaat X, Y,Z uzw.sein.in allen Fällen aber muß er gegen die engnationale Beschränktheit,Abgeschloßenheit und isoliertheit kämpfen.für dieBerücksichtigung des Ganzen und Allgemeinen,für die Unterordnung der Interesse des Teils unter die Interessen der Gesamtheit.

Leute,die sich in diese Frage hineingedacht haben,finden, daß es widerspruchvoll sei, wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nation auf der,Freiheit der Lostrennung beharren,die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen dagegen auf der,"Freiheit der Vereinigung".Einige Überlegung zeigt jedoch,daß es einen anderen Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen,daß es einen anderen Weg zu diesem Ziel aus der gegebenen Lage nicht gibt und nicht geben kann"(Siehe 4.Ausgabe,Bd.22,S.330-332,russ)



IM KAMPF UM NATIONALE UND SOZIALE BEFREIUNG !

EIN ALLGEMEINER ÜBERBLICK ÜBER DEN BEGRIFF DES

KOLONIALISMUS

Es ist unmöglich, die Definition des Kolonialismus zu geben, die alle historischen entstandenen Gesellschaften umfaßt, weil Kolonialismus in verschiedenen Zeitperioden vom Begriff her unterschiedlich gewesen ist. Manche Eigenschaften, die den Kolonialismus in verschiedenen Zeitperioden bestimmen, können wir als gemeinsame Charakteristika des Kolonialismus betrachten. Es ist unvermeidbar, daß die ausbeutende Gesellschaft oder Nation eine höher entwickelte Struktur und eine höher entwickelte Produktionsform besitzt. Selbst wenn sie die gleiche Produktionsform hätten, wäre es unvermeidlich, daß die ausbeutende Gesellschaft oder Nation von innerlichen Wiedersprüchen, innerlicher Kraftverteilung und vom Niveau der Produktionskräfte her höher entwickelt ist, als die ausbeutende Nation oder Gesellschaft. Dieses Verhältnis ist als grundlegende Eigenschaft von kolonialistischen Beziehungen in verschiedenen Zeitperioden zu sehen. Eine weitere grundlegende Eigenschaft des Kolonial ismus, die in jeder Zeitperiode existiert, ist die Annektion. Der Begriff "Annexion", der beinhaltet, daß ein fremdes Land mit Gewalt erobert wird läßt sich auch im politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich beobachten. Die Produktionskräfte - verhältnisse und - Mittel der annektierten Länder sind entweder lahmgelegt oder die Kolonial isten bilden das Haupthindernis für die Dynamik, die die Gesellschaft in fortschriftlicher Richtung bewegt. Das Annektiertsein, was in kolonialistischen Beziehungen immer wieder auftritt, kann sich in unterschiedlichen Gesellschaftsformen auf verschiedene Art und Weise verwirklichen.
Z.B. die ökonomische Annexion, die dadurch zustande kommt, daß die Kolonialisten die grundlegenden Produktionsmittel der Gesellschaft in ihre Gewalt bringen. Im Zeitalter der Sklavereigeschah dies in der Form, daß der Sklave, der das grundlegende Produktionsmittel darstellte, samt seiner Arbeitskraft in Besitz genommen wurde. In der feudalistischen Gesellschaft wurden das Land und die darauf existierenden Unfreien (Landlosen) Bauern von den Kolonialmächten unterdrückt und ausgebeutet. Und in der Kapitalistischen Gesellschaft dagegen bemächtigte man sich des Kapitals als dem Haupt-Produktionsmittel der Neben-Produktionsmittel. Wie schon angesprochen, wird in jedem kolonistischen Verhältnis die ursprüngliche Status-quo unterdrückten Nation von der Kolonialmacht zerstört. Eine zweite Grundeigenschaft des Kolonialismus besteht im Einsatz militärischer Mittel. Trotz der vorhergegangenen Überlegungen ist eine allgemeine Deffinition des Begriffes nicht möglich.Um konkrete Aussagen machen zu müssen, müssen in jedem Fall immer die konkreten historischen und wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. In diesem Rahmen müssen die Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern und Nationen mit all ihren Komponenten betrachtet werden. "Die Beziehungen zwischen verschiedenen Nationen hängen von der Entwicklungsperiode, in der sich jede einzelne dieser Nationen von Produktionsmitteln, von der Arbeitsteilung und von innerlichen Wi-dersprüchen her befindet."
Damit der Kolonialismus genau erklärt werden kann, muß die Entwicklungsstufe der Produktionskräfte von diesen unterscheidlichen Gesellschaften erklärt

werden, indem die Arbeitsverteilungen, die innerlichen und äußerlichen Beziehungen berücksichtigt werden. In der ökonomischen Organisierung und dem Zustand der Produktionskräfte der kolonialisierten Gesellschaft, in der Gesellschaftsform der Sklavereien wurde nicht nur der Körper des Sklaven als Ware gehandelt, sondern auch seine Arbeitskraft als Produktionsmittel in höchstem Maße ausgebeutet. Die Entstehung der kolonialisierten Städte war das Ergebnis des Sklavenhandels.
Da in einigen Nationen die Produktionskräfte nichtaus - reichten, um viele "freie Menschen" zu ernähren, eroberten diese die Produktuonkräfte anderer Territorien und bildeten so Kolonialstädte. Diese Städte wurden zum Zentrum des Sklavenhandels. Als Beispile für den Kolonialismus in der Zeitperiode der Sklaverei, kann man die Kolonien der Athener an den Küsten des schwarzen Meeres, der Ägäis und des Mittelmeeres sowie die Kolonien der Römer und Karthager an den Mittelmeerküsten anführen. In diesem Zeitabschnitt breiteten die Sklavenimperien ihre Teritorien aus, indem sie andere Gebiete eroberten. Die Notwendigkeit der Produktionskraft der Sklaven bildete die Antriebskraft für die Ausdehnung dieser Imperien. Im Zusammenhang damit gewann d er Handel eine bedeutende Rolle. Die Entwicklung des Handels brachte auch die Möglichkeit zur Vermögensbildung mit sich; und so entstand auch das Besitzstreben (Wucherei). Auf der anderen Seite war das aber auch der Grund dafür, daß sich das Sklavenheer unbegrenzt vergrößerte. Da die Produktionskräfte in einer vorkapitalistischen Zeit nicht ausreichten, die Überbevölkerung zu ernähren, entwickelte sich die Form der Kolonialisierung.

An dieser Stelle ein erklärendes Beispiel:
Die Zwangsumsiedlung, die die Form einer periodischen Schaffung der Kolonien in den Staaten der Antike, der griechischen und römischen Imperien annahm, hatte ein unverwechselbares Glied der gesellschaftlichen Organisationskette gebildet. Die Gefahr der Altertumszivilisation bestand in einer Überbevölkerung, die vom Land selbst nicht ausreichend ernährt werden konnte und so zwangsläufig zu Ausbreitungsbestrebungen auf Kosten anderer Nationen führen mußte.

Warum ist das so gewesen?
Weil die Anwendung der Naturwissenschaften auf die materielle Produktion nicht bekannt war. Eine Überbevölkerung machte also eine zivilisierte Lebensform unmöglich. Der Mangel an Produktivkräften hatte die Gesellschaft von einer bestimmten Bevölkerungszahl abhängig gemacht.
Aber weil heutzutage die Produktionsmittel höher entwickelt sind, als in den primitiven-"urkommunistischen"-und feudalistischen Zeitperioden und im Zeitabschnitt der Sklaverei, ist nichts davon zu merken, daß durch Zwangsumsiedlungen Kolonien entstehen.

Denn:
"Der heutige Grund des Bevölkerungsüberschusses ist nicht der Mangel an Produktionskräften, sonder die Vermehrung der Produktionskräfte, die die Verminderung der Bevölkerung zwangsläufig verursachen (oder die durch Armut und Umsiedlung beseitigt werden)".
Wenn wir diesen Abschnitt zusammenfassen:
Die eigene Kolonialpolitik der verschiedenen gesellschaftlichen Perioden soll, in konkreter Darstellung der Sache, als Ausgangspunkt angenommen werden. Diejenigen, die Kolonialpolitik in vorkapitalistischen Perioden abstreiten, beweisen damit, daß Sie das Wesen des Kolonialismus nicht erfaßt haben.

Dieselben Personenkreise (gemeint sind türkische bzw. persische Politgruppen) vergleichen den osmanischen Feudalkolonialismus mit der Kolonialpolitik in den Perioden der "freien Konkurenz" und "primitiven" Imperien der Antike und kommen zu der Auffassung, daß sie keine gleiche Form aufweisen, woraus sie schließen, daß das Osmanische Reich kein kolonialistischer Staat war, sondern daß es sich dabei um ein feudalistisches Imperium handelt. Der Osmanische Staat war jedoch ein kolonialistischer Staat, worauf wir später näher eingehen, Es muß aber gleich gesagt werden, daß das Vergleichen des Osmanischen Feudalkolonialismus mit dem Kolonialismus der Europäischen Staaten zu Fehlinterpretationen und Anmaßungen führt. Die Ausbeutungspolitik und der Imperialismus bestand während und sogar auch vor der kapitalistischen Ära. Das auf Sklaverei aufgebaute römische Reich verfolgte eine Ausbeutungspolitik und wandte den Imperialismus an. Wenn man die Unterschiede, die in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formen bestehen, nicht beachtet, führt das zu einem leeren und simplen Unsinn, wie z.B. zu der Idee:
Das allgemeine imperialistische System zu verfolgen und Vergleiche wie "das große Rom", "großes Britanien" anzustellen, da sogar die Ausbeutungspolitik des Kapitalismus in seiner Anfangsperiode grundlegende Unterschiede zu der Ausbeutungspolitik des Finanzkapitals aufzeigt. Eine derartige Problemstellung, ohne Berücksichtigung der historischen Bedingungen, ein Vergleich der feudalen Ausbeutungspolitik des Osmanischen Reiches mit der Steinzeitperiode, die eine für sich freie, auf Raub und Vernichtung basierende Ausbeutungspolitik verfolgte ist ebenso abwegig wie das Römische Imperium mit dem Englischen Empire.

Im Zusammenhang mit dem Thema können wir nur Portugal und die Türkische Republik miteinander vergleichen. In diesen zwei Staaten, bei deren gesellschaftlichen Strukturen sich Parallelen aufzeigen, gleichen sie sich auch als Erben der Ausbeutungspolitik, die sie aus vergangenen Perioden übernommen haben, wobei wir auch folgendes erklären müssen:
Die Ausbeutungspolitik der Steinzeit-periode, die Portugal im 16. und 17. Jahrhundert anwendete, hat das Osmanische Reich erst im 18. - und 19. Jahrhundert anwenden können. Bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Struktur unseres Landes (Kurdistan) ist obige Aussage, mit der sich einige Gruppen beschäftigen (gemeint sind die türkischen linken Organisationen) die diese Thematik mit Sicherheit nicht begreifen (!), von größter Wichtigkeit. Eine unverzichtbare Notwendigheit der revolutionären Theorie, ist, daß, wenn irgendein gesellschaftliches Ereignis untersucht wird, muß das Problem in seinen historischen Dimensionen gesehen werden, wenn konkret von einem bestimmten Land die Rede ist (z.B. ein Nationalprogramm für ein bestimmtes Land), müssen Besonderheiten bzw. Eigenschaften mit berücksichtigt werden, die das Land von anderen Ländern in der gleichen historischen Periode unterscheiden. Die oben erwähnten Aussagen müssen wir somit auf Kurdistan bezogen untersuchen, um den Eigenschaften unseres Landes während der verschiedenen historischen Perioden bis zur Gegenwart gerecht zu werden und somit die Kurdische Gesellschaftsstruktur bestimmen zu können. Die Ermittlung dieser Struktur, wird durch die nationale demokratische Revolution erfolgen, die vom Proletariat Kurdistans getragen wird, um an sein endgültiges Ziel, den Sozialismus, zu kommen.

fortsetzung in Nr.3
der Kurdistan-Info

PRESSE SPIEGEL

12 000 demonstrierten gegen Diktatur in der Türkei

FRANKFURT (dpa) Etwa 12 000 meist Türken und Deutsche aus der ganzen Bundesrepublik haben am Samstag in Frankfurt gegen die Militärdiktatur und die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei friedlich demonstriert. Die Polizei hob die Disziplin der überwiegend türkischen Demonstranten hervor, die lange Reihen an den Rändern des Marschzuges zur Sicherung eines gewaltfreien Verlaufs gebildet hatten. In Sprechchören forderten die Demonstranten einen Stopp der Gelder aus dem Westen.

WAZ. 16.3.81

NRZ 22.01.81

SPD kritisiert geplante Türkei-Hilfe

NRZ-Nachrichtendienst

Bonn. In der SPD-Bundestagsfraktion gibt es offenbar Bestrebungen, jede weitere deutsche Militär- oder Wirtschaftshilfe an die Türkei abzulehnen. Der dem linken Flügel zugerechnete Abgeordnete Manfred Coppik deutete als einer der Sprecher der „Alternativen Türkei-Hilfe" an, daß möglicherweise eine Reihe von Parlamentariern, auch aus der FDP, weitere Finanzhilfen für die Türkei ablehnen würden, wenn die Unterstützung nicht mit einer eindeutigen Forderung nach Wahrung der Menschenrechte verknüpft werde.

WAZ 16.01.81

Kluncker: In Türkei Menschenrechte mit Füßen getreten

STUTTGART (dpa) Für den Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Kluncker, bestehen „keine Zweifel, daß in der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten werden". Kluncker, der sich als Präsident der „Internationale der öffentlichen Dienste (IöD)" vom 10. bis 12. Januar in der Türkei aufhielt, erklärte am Donnerstag in Stuttgart, in der Türkei sei die Demokratie „nicht existent". Tausende von Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern befänden sich in Haft, und es gebe für ihn keinen Zweifel, „daß dort Folterungen vorkamen oder vorkommen".

Kredite für die Türkei verlängert

ANKARA, 30. Januar (Reuter). Westliche Banken räumen der Türkei eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen von sieben auf zehn Jahre für Kredite von 3,2 Milliarden Dollar ein, für die von der türkischen Regierung Umschuldungsgesuche eingereicht worden waren. Wie aus Bankenkreisen zu hören ist, haben die 16 Banken den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Turgut Ozal, außerdem von der Verlängerung der tilgungsfreien Fristen von drei auf fünf Jahre unterrichtet. Die Rückzahlung beginnt damit erst 1984. Die 16 wichtigsten Gläubigerbanken der Türkei, die sich zu Beginn dieser Woche in London getroffen hatten, haben aber das Gesuch Ozals, die Zinssätze von gegenwärtig 1,75 Prozent über der Londoner Interbankenrate (Libor) auf 1,5 Prozent zu senken, abgelehnt.

Widerstand wächst auch im SPD-Lager

RM 30.01.81

Schluß mit der „Türkeihilfe"!

BONN.— Auch in den Reihen der für die Finanzierung der faschistischen Junta verantwortlichen SPD und ihrer Anhängerschaft wächst der Widerstand gegen die Bonner Beteiligung an Folter und Völkermord. Den Widerstand innerhalb der SPD-Fraktion organisieren — und zwar „rechtzeitiger und wirksamer" als im vergangenen Jahr — will der Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik.

Coppik gehört ebenso wie Klaus Thüsing der „Alternativen Türkeihilfe" an. In einer Pressekonferenz unterstrich er, daß die Menschenrechtsverletzungen unter der Junta nicht zurückgegangen sind, sondern im Gegenteil zugenommen haben und immer weiter zunehmen. Die vom Auswärtigen Amt befürwortete Fortsetzung der Hilfe mit der Begründung, die Zahl der Terroranschläge sei seit dem Putsch zurückgegangen, bezeichnete er als „hart an der Grenze des Zynismus". „Es darf keine weitere Militär- und Wirtschaftshilfe mehr für die Türkei geben, unter welchem Vorwand auch immer", betonte Coppik. Er rechnet fest damit, daß sich in diesem Jahr mehr Parlamentarier am Protest gegen die Türkeihilfe beteiligen als 1980. Im letzten Jahr hatten sich 27 SPD-Abgeordnete einer Entschließungsinitiative angeschlossen, die dann im Bundestag zum Scheitern gebracht worden war.

Auch Helga Schuchhardt von der FDP stellte sich inzwischen hinter die Aktionen gegen die Türkeihilfe. Die Jungsozialisten forderten ebenfalls die Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe an die Türkei. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Corterier, hatte bereits zuvor erklärt, seine Fraktion habe die Bundesregierung gebeten, über das Thema der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ausführlich zu berichten.

In einer Presseerklärung solidarisierten sich „Die Falken" mit dem Hungerstreik gegen Folter und Mord in der Türkei und unterstützten die Forderungen der Streikenden. Auch sie fordern die Einstellung „jeglicher Form der Militärhilfe". Die Hungerstreikaktionen gehen unterdessen weiter. Ein Sprecher der Streikenden forderte die Regierung dringend auf, eine Reaktion auf ihre Forderungen vorzunehmen, da sie „an der Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit angelangt" sind.

Auch die Unterstützung der Hungerstreikenden hält an. In Hamburg demonstrierten 2 000 Menschen (siehe Bericht auf S. 8!), in Frankfurt 500, in Ulm 300. In Köln trafen sich über 100 Vertreter verschiedener deutscher, türkischer und kurdischer Organisationen zu einer „Aktionskonferenz". Sie riefen zur Teilnahme an einer Demonstration am 31. Januar auf. Die türkische Botschaft in Bonn aber erklärte frech, die antifaschistische Aufklärungskampagne sei eine systematische Verleumdungskampagne zur Verbreitung von Falschmeldungen über die Türkei! Die türkischen Faschisten in Bonn beweisen damit aber nur ihre Furcht vor der Kraft des Widerstandes. Dieser weitet sich immer weiter aus und wird sicher weitergehen, bis die Türkei befreit ist!

Die Türkei setzt Bonn unter Druck

Federführung bei OECD-Hilfe gefordert

Von unserem Mitarbeiter Gerd Höhler

ANKARA, 5. Februar. Die türkische Regierung geht davon aus, daß die Bundesregierung in Bonn auch in diesem Jahr wieder die Rolle des Koordinators bei der Aufstellung eines Hilfsprogramms der OECD-Staaten für die Türkei übernehmen wird. Das erklärte der türkische Vizeministerpräsident und Chefökonom Türgüt Özal in Ankara in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau".

Zu Presseberichten, wonach sein für kommende Woche geplanter Besuch in den USA unter anderem dem Zweck diene, die Bereitschaft der neuen US-Regierung zur Übernahme dieser Rolle zu sondieren, sagte Özal: „Dazu besteht kein Anlaß. Ich gehe nach wie vor davon aus, daß Bundesfinanzminister Hans Matthöfer auch in diesem Jahr, wie vorgesehen, die Türkeihilfe koordinieren wird."

Die OECD ist eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Özal und Matthöfer waren zuletzt im Oktober 1980 am Rande der Weltbanktagung in Washington zusammengetroffen. Wie aus zuverlässiger Quelle zu erfahren war, hat der türkische Vizepremier bei dieser Begegnung eine zwar informelle, aber doch feste Zusage erhalten, daß Matthöfer — wie schon 1980 — auch 1981 diese Koordinierung übernehmen werde. Offenbar ist dieses Versprechen auch anläßlich des jüngsten Besuchs Özals in Bonn im Januar nicht zurückgenommen oder eingeschränkt worden.

Unmittelbar im Anschluß an seine Gespräche mit Außenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt in Bonn hatte Türgüt Özal vor der Presse erklärt, die Bundesregierung werde 1981 die Rolle des Türkeihilfe-Koordinators erneut übernehmen. Gleich anschließend jedoch hatten Bonner Regierungssprecher dies dahingehend eingeschränkt, daß eine endgültige Entscheidung in dieser Sache noch nicht gefallen sei. Man habe, so hieß es in Bonner Regierungskreisen, den türkischen Gast in aller Deutlichkeit auf die innenpolitische Lage in seinem Land angesprochen. Gleichzeitig war zu hören, Bundesfinanzminister Hans Matthöfer sei von der Machtübernahme der türkischen Militärs im September 1980 und den Berichten über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei „an einer empfindlichen Stelle getroffen" worden.

In türkischen Regierungskreisen haben diese widersprüchlichen Darstellungen des Verlaufs der Bonner Gespräche große Verwunderung ausgelöst. Das Zögern der deutschen Bundesregierung, öffentlich ihre Bereitschaft zur Übernahme der Koordinierung des diesjährigen Hilfsprogramms zu erklären, wird in Ankara auf die wachsende Kritik innerhalb der SPD-Fraktion an den innenpolitischen Zuständen in der Türkei zurückgeführt. Gleichzeitig gibt man jedoch zu bedenken, daß eine Verzögerung des Wirtschaftshilfe-Programms den Prozeß der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zwangsläufig verzögern müsse. Die Kritiker des derzeitigen Regimes — so eine häufig in Regierungskreisen in Ankara geäußerte Ansicht — seien über die tatsächlichen Zustände in der Türkei nicht ausreichend informiert. Auch von der ausweglosen Lage vor dem 12. September, dem Tag des Militärputsches, „macht man sich in Westeuropa wohl nicht immer ein richtiges Bild", sagte ein Regierungsmitglied.

Trotz der gegenwärtigen Irritationen zwischen Bonn und Ankara ist Vizepremier Özal überzeugt, daß die OECD-Hilfe nicht an politischen Bedenken der westlichen Industriestaaten scheitern werde. Özal, der den Kapitalhilfe-Bedarf der Türkei für 1981 auf rund 1,5 Milliarden Dollar (über drei Milliarden Mark) beziffert: „Wir befinden uns auf dem richtigen Gleis — Sie werden uns nicht im Stich lassen."

F.R. 6.2.1981

Türkische Militärs foltern

Mit Abscheu und Entsetzen las ich von den Verbrechen, die heute in der Türkei den Alltag mitbestimmen („Foltern wird von den Militärs forciert", FR 26. 1. D/27. 1. St). Es ist zu wünschen, daß derartige Berichte über Zustände, die bisher wohl eher verharmlost wurden und fatal an Methoden mittel- und südamerikanischer Diktaturen erinnern, häufiger und ebenso eindringlich publiziert werden. Man wirft der Carter-Regierung Unglaubwürdigkeit hinsichtlich ihrer Menschenrechtspolitik vor — die bundesdeutsche Außenpolitik brauchte solche Leitlinien gar nicht erst zu postulieren: sie nahm und nimmt sie für sich selbstredend in Anspruch. Wie verhält es sich nun damit angesichts dieser finanzpolitisch, militärstrategisch und moralisch aufgepäppelten Militärjunta, die zunehmend ihr wahres Gesicht nicht mehr verhüllen will? Öffentliche Bekenntnisse hierzulande gegen diesen Terror wären das mindeste.

Dr. Hansjörg Malcowski, Riedigheim (F)

Jubel-Briefe

Mit einer gesteuerten Leserbrief-Kampagne will sich die türkische Militärjunta gegen Foltervorwürfe wehren: Der Kölner Generalkonsul Ilhan Kiciman versendet an türkische Gastarbeiter in der Bundesrepublik Mustertexte für Leserbriefe, die sie an Zeitungen, Rundfunkanstalten und Parteien schicken sollen. Eine Adressenliste wird gleich mitgeliefert. Tenor der Jubel-Briefe, mit denen »einigen Elementen, die da von Folter reden, eine Lektion erteilt werden« soll: »Das türkische Volk und die 1,5 Millionen Türken, die in der Bundesrepublik leben, haben großes Vertrauen zum Militär.« Sechs in der Bundesrepublik lebende türkische Künstler, denen dieses Vertrauen fehlt, wurden vom Konsulat aufgefordert, bis zum 13. März in die Türkei zu kommen. Dort sollen sie sich vor den Sicherheitsbehörden wegen »antitürkischer Aktivitäten im Ausland« verantworten. Wenn sie der Aufforderung nicht Folge leisten, würden sie von der Türkei ausgebürgert.

STERN · 12.02.1981

Schauplatz der Aktualität: Diyarbakir nach dem Militärcoup

Revolutionäre kurdische Musik ist verstummt

Als wir kurz nach Sonnenuntergang nach Diyarbakir im Herzen des türkischen Kurdistan kommen, bietet die Stadt einen chaotischen Anblick. Zahllose Armeelastwagen drängen sich durch die schluchtartigen Strassen der ausserhalb der alten Stadtmauern gelegenen Wohngebiete. Sie bringen Militärverstärkungen für die Nacht zu ihren Einsatzorten. Zwischen den kasernenartigen Hochhäusern spielen unzählige Kinder, während hie und da noch ein Lastwagen beladen oder abgeladen wird. Ein Hirt versucht seine Schafherde heil durchs Gewirr zu bringen.

Wenige Stunden später ist die Stadt wie ausgestorben. Auf dem grossen Platz nahe dem westlichen Eingangstor zur Altstadt und an anderen strategischen Punkten hat eine Vielzahl von Panzern Stellung bezogen. So viele Panzer gab es in Istanbul nicht einmal während der ersten Tage der Machtübernahme durch das Militär. In der ganzen Stadt sieht man fast nur noch die rot-weissen Kennzeichen der Militärkommandos oder die blauen Barette und die Tarnanzüge der Gendarmerie. Kurz vor der allgemeinen Ausgangssperre um 12 Uhr sehen wir vor allem in der Nähe des Rathauses eine starke Truppenkonzentration; die Soldaten sind teilweise verdeckt aufgestellt im Gebüsch, als würde jeden Moment ein Guerillaangriff des vom Militär abgesetzten und immer noch flüchtigen Bürgermeisters Zana erwartet. Der 39jährige Zana (auf kurdisch: «der Wissende») hatte vor drei Jahren mit seinem kurdischen Programm die Wahlen in Diyarbakir gewonnen und sich seither immer für die sprachliche und die kulturelle Unabhängigkeit der Kurden eingesetzt. Die Gruppe rund um Zana hatte sich immer von den extremistischen Bewegungen distanziert, die mit Gewalt eine Befreiung anstreben. Für die neuen Machthaber in Ankara ist jedoch jede Form der kurdischen Eigenständigkeit schlicht undenkbar.

T.A. - Zürich
24.10.1980

20 kurdische Befreiungsbewegungen

Etwa 20 verschiedene kurdische Befreiungsbewegungen soll es geben. Die meisten hatten ihr Hauptquartier in Diyarbakir, dem geistigen Zentrum und der inoffiziellen «Hauptstadt» Kurdistans. Diese Stellung von Diyarbakir erklärt die enorme Truppenpräsenz, die nach dem Coup noch erhöht wurde. Diese Truppenkonzentration ist nicht in erster Linie da, um den Terror einzudämmen, denn im Vergleich etwa zu gewissen zentralanatolischen Städten war Diyarbakir in den letzten Monaten vor dem Coup relativ ruhig. Die auffallendste Veränderung nach dem Militärcoup ist zweifellos das Fehlen jeglicher Art von Wandsprüchen. Auch an den kilometerlangen Basaltmauern, die um die ganze Altstadt herumlaufen und die früher mit Sprüchen übersät waren, ist alles Politische ausgewischt.

Am nächsten Tag hat sich die Szene vollständig gewandelt. Das Strassenbild wird wieder von den farbigen Frauenkleidern und der Kopfbedeckung der Männer, ähnlich der der Beduinen, beherrscht. Die meisten Soldaten wurden, zusammen mit den Panzern, an den Stadtrand zurückgezogen. Dennoch ist die Armee präsent. Regelmässig kreisen Armeehelikopter amerikanischer Bauart dröhnend über der Stadt. Dies ist das wohl wirksamste Mittel, um eine Wiederholung der Protestdemonstration der ersten Woche nach dem Coup, an der etwa 500 Personen teilnahmen, zu verhindern. Das wohl störendste Element sind jedoch nicht die Helikopter, sondern die pausenlos zirkulierenden Polizeilautsprecherwagen. Sie fordern jedermann, der nach Ansicht der Polizei gegen die Verkehrsregeln verstösst, weiterzugehen, stillzustehen oder umzukehren. Auf den ersten Blick ein etwas absurdes Unterfangen, welches das allgemeine Chaos eher zu vergrössern scheint. Aber der Effekt ist, dass man, gewollt oder nicht, den ganzen Tag Türkisch hört – in einer Stadt, in der 98% der Bevölkerung Kurdisch sprechen.

Eine weitere «Vertürkisierung» stellen wir bei der Suche nach einem Geschäft fest, in dem man vor dem Coup noch relativ problemlos Tonbänder mit Liedern in kurdischer Sprache erhalten konnte. Das Geschäft gebe es gar nicht mehr, heisst es zuerst. Später stellt sich heraus, dass der kleine Laden zwar noch existiert, dass aber das Schild mit dem typisch kurdischen Namen entfernt werden musste. Das Verkaufen oder gar das Hören kurdischer Musik ist streng verboten. Im kleinen Geschäft sammelt sich bald eine Anzahl jüngerer Kurden, alle Sympathisanten oder Mitglieder der extremeren Bewegungen. In den Regalen gibt es nur türkische Musik, wenn auch ausschliesslich von linken Komponisten, wie Zülflü Livanelli, dem Komponisten der Musik zum Film «Sürü»; sein Bild hängt auch an der Wand. Hinter der türkischen Musik sind trotzdem noch etwa 30 Tonbänder mit revolutionär-kurdischer Musik verborgen. Nachdem eine Wache auf der Strasse aufgestellt ist, werden die Bänder abgespielt. Der Ladenbesitzer wurde nach dem Coup bereits für kürzere Zeit verhaftet, weil er kurdische Musik gespielt hatte. «Es sitzen noch Tausende Kurden hier im Gefängnis», meint er. Das Militärkommando hat kürzlich bekanntgegeben, nach der «Operation» vom 12. September insgesamt 1087 Verdächtige verhaftet zu haben. «Gefoltert wird auch», sagt ein Mitglied der extremen Rezgarez, «hier gleich in der Nähe, im siebten Stock des Polizeihauptquartiers. Die Polizei erledigt immer noch die schmutzige Arbeit für die Armee, die ihr übergeordnet ist.»

Auf die Frage nach dem jetzigen Widerstand der Kurden bleibt es im verrauchten Raum einen Moment still: «Es wurden hier in Diyarbakir nur einige Plakate aufgehängt; die mit Sprengstoffladungen versehen waren, um das Wegnehmen zu verhindern.» Von einem organisierten Widerstand kann offenbar bei der massiven Militärpräsenz keine Rede sein. Am nächsten Tag, als wir die Stadt verlassen, fällt auf, dass im Gegensatz zu anderen türkischen Städten nirgends türkische Fahnen sichtbar sind. Doch ein Zeichen des passiven Widerstands gegen den Versuch der neuen Machthaber, diese wohl kurdischste aller Städte zu «vertürkisieren»?

Werner van Gent, Diyarbakir

KEIN GELD
FÜR DIE
FOLTERER !

S T O P P T DIE " TÜRKEI-HILFE "

Erklärung für die Öffentlichkeit

Im Mittleren Osten soll eine Nation ausgerottet werden. Es gibt keinen Tag, an dem nicht Dutzende von Menschen in Kurdistan ermordet werden, an dem nicht Hunderte gefoltert werden. Der Krieg zwischen Irak und Iran ist besonders gegen die Völker Kurdistans gerichtet. Die Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak besteht in Massakern an der Zivilbevölkerung Kurdistans, So überschritten irakische Truppen die Grenze zum türkischen Teil Kurdistans und ridhteten, unterstützt vom Bombardement der eigenen Luftwaffe, blutige Massaker unter der Bevölkerung der Dörfer von Hakkari an. Nach einiger Zeit wurde diese Aktion wiederholt, diesmal aber von zusammen operierenden faschistisch-kolonialistischen türkischen und syrischen Armeeinheiten.

Doch das Volk von Kurdistan leistete gegen solche Aktionen nicht zum erstenmal Widerstand, da es schon seit Jahrhunderten dazu gezwungen war, sich auf diese Weise zu wehren. Die zahlreichen Aufstände des Volkes von Kurdistan wurden und werden von der imperialistischen Weltpresse totgeschwiegen. Dieses Wegleugnen der Existenz der kurdischen Nation ist für den Imperialismus deshalb von Interesse, da er dabei ist , die Völker im Gebiet in und um Kurdistan durch Waffenlieferungen an die Türkei, Syrien, den Iran und den Irak auszurotten.

Warum aber schweigt auch die sich demokratisch nennende Presse zu dieser Politik, die am 13.12.8o inm Kreis Kamischli das Leben von 19 Personen forderte?

Warum schweigt die syrische Regierung angesichte des Einmarsches türkischer Truppen in den syrischen Teil Kurdistans?

Warum stellte die türkische Regierung die Opfer des Vorgehens ihrer faschistischen und kolonialistischen Armee als Hingerichtete Terroristen das?

Warum empfand die syrische Regierung den Einmarsch türkischer Truppen in syrisch-kurdistan nicht als Kriegserklärung?

Angesichts solcher Ereignisse fordern wir die demokratische Presse auf, zu den Massakern an der Zivilbevölkerung Stellung zu nehmen.

Humanisten, welche das Leben des Menschen achten, müßten gegen solche Massaker protestieren und nicht weiter leben, als wäre nichts geschehen. Die Aufgabe der revolutionären, demokratischen und fortschrittlichen Menschen und Organisationen besteht darin, den anti-feudalistischen, anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Kampf aktiv zu unterstützen und das Massaker in syrisch-Kurdistan schärfstens zu verurteilen. Denn jeder, der von diesem Massaker weiß und es nicht verurteilt, macht sich mitschuldig.

SYMPATISANTEN KAWA IN EUROPA

Anmerkung der Redaktion: K A W A ist der Name eines Schmiedes.Er hat gegen die Herrschaft D e h a k s (ein König, der das Volk unterdrückt hat)gekämpft und schließlich seine Herrschaft beendet.Die Organisation Kawa hat den Namen des Schmiedes übernommen(wie man aus ihren Dokumenten erfährt);sie ist eine revolutionäre Partisanen Organisation.

WISSENSWERTES ÜBER KURDISTAN

(zusammengestellt aus Inprekor Nr.123 vom 10.4.80)

Seit nenmehr einem Jahr geistert wieder der Begriff "Separatismus" durch die Schlagzeilen der bürgerlichen Zeitungen der Türkei: "Separatismus" ist neben den wirtschaftlichen Problemen, dem Staatshaushalt und dem "Terrorismus" eines der Hauptgesprächsthemen im Ministerrat, im Parlament sowie zwischen Staatspräsident und Kanzler.

Am 14.4.79 stellten 6 parteilose Minister - ehemals Mitglieder der reaktionären Gerechtigkeitspartei Demirels - der damaligen sozialdemokratischen Ecevit - Regierung ein Ultimatum : Wenn die Regierung nicht eindeutig zum Separatismus Stellung beziehe, sähen sie sich genötigt, die Regierung zu verlassen.

Seit mehr als 10 Jahren versucht der monatlich tagende Nationale Sicherheitsrat, dem Problem des "Separatismus" Herr zu werden.

Was sich hinter dem Gespenst "Separatismus" verbirgt, ist die Kurdenfrage. Die herrschende Klasse der Türkei vermeidet es jedoch konsequent, die Kurdenfrage beim Namen zu nennen, da sie ihre seit Jahrzehnten systematisch gehegte Schweigemauer um die Kurden nicht gefährden will. Die Kämpfe der Kurden im Iran nach dem Sturz des Schah für ihr Recht auf Selbstbestimmung versetzten die herrschende Klasse der Türkei in Angst und Schrecken, weiß sie doch nur zu gut, daß dieser Kampf auch die Kurden in der Türkei in ihrem Widerstand ansporont. Keine Maßnahme verursacht ihr Skrupel, keine erscheint ihr ausreichend, um jeden widerstand schon im Keim zu ersticken.

Am 26.3.79 verkündete der damalige stellvertretende Ministerpräsident Sükan, daß das Militär in Alarmbereitschaft versetzt wurde, und die Regierung zur "Klärung der weiteren Entwicklung im Nahem Osten" (eine andere Sprachregelung für die Kurdenfrage) nach dem Sturz des Schahs mit den betroffenen Staaten noch enger zusammenarbeiten müsse. Der Geheimdienst soll an diese neuen Bedingungen angepaßt werden, und die Regierung habe bereits einige "Experten" (wohl auch den CIA) um Rat und Hilfe gebeten.

Während in der westeuropäischen Presse viel über ein mögliches Überspringen des Kurdischen Befreiungskampfes auf die Türkei spekuliert wird, erklärt der Nationale Sicherheitsrat am 3.4.79 seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Khomeini-Regime im Iran. Gleichzeitig werden im Rahmen einer Propagandakampagne Meldungen in die Presse lanciert, wonach die israelischen Zionisten Waffen an die Minderheiten in "Ost - Anatolien" (das ist die Umschreibung für das kurdische Gebiet in der Türkei) lieferten. Mit solchen Meldungen soll der Befreiungskampf der Kurden bei den Linken diskreditiert und isoliert werden. Ansonsten wird in dieser Propagandakampagne die uralte Lüge zum x-ten Mal wiederholt, daß es in der Türkei überhaupt keine Kurden gäbe. Tatsächlich leben in der Türkei über 10 Millionen Kurden, das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Am 14.4.79 reiste der damalige Außenminister Ökcün in den Iran, Generalstabschef Hikmet Cetin in den Irak, beide zwecks Zusammenarbeit in der Kurdenfrage. Am Tag darauf tagten die Gouverneure der Städte türkisch - Kurdistans und diskutierten die Kurdenfrage. Kurz darauf wurden 1000 Geheimpolizisten aus dem Westen der Türkei in das kurdische Gebiet versetzt.

Trotz dieser beinahe hektischen Aktivitäten stellten in diesen Tagen die 6 „parteilosen" Minister ihr oben erwähntes Ultimatum. Hierauf reagierte Ministerpräsident Ecevit nach einer 24-stündigen Marathonsitzung am 24.4.79 mit der Verlautbarung, daß bisher effekive Maßnahmen unternommen worden seien und auch weiterhin unternommen werden und daß in diesem Sinne eine Übereinstimmung mit den 6 „parteilosen" Ministern erzielt wurde. Es blieb nicht bei den Worten: Am 26.4.79 wurde das Kriegsrecht auf weitere sechs Städte im kurdischen Gebiet ausgedehnt. Aber trotz dieser Maßnahme traten 2 der 6 Minister unter Protest aus der Regierung aus. *

Ecevit wurde allerdings nicht nur von dieser Seite bedrängt: als im August anläßlich des groß angelegten Vernichtungsfeldzuges des Khomeini-Regimes gegen die Kurden im Iran -die Ecevit-Regierung den iranischen Truppen den Durchmarsch durch türkisches Territorium gestattete,damit diese den Kurden an einer anderen Stelle in den Rücken fallen konnten,drohten andererseits 2 Parlamentsabgeordnete aus dem kurdischen Gebiet mit dem Entzug ihrer Unterstützung für die Ecevit-Regierung. Ecevit

* Vergleichen Sie Bitte mit d. S.10

sah sich daraufhin genötigt zu versichern, sich nicht mehr in iranische Angelegenheiten einzumischen. Natürlich forderte diese Erklärung die Rechten heraus, die des zum Anlaß nahmen, ihm wieder einmal Unfähigkeit gegenüber dem "Separatismus"vorzuwerfen.

Der Klassenkampf ist bereits zum verdeckten Bürgerkrieg geworden, zum bewaffneten Kampf zwischen Herrschenden und ihren Vasallen einerseits und den Unterdrückten andererseits. Und in dieser Situation, in der die Bourgeoisie ihre Macht radikal in Frage gestellt sieht und in der sie offensichtlich allergrößte Schwierigkeiten hat, mit dieser Bedrohung fertig zu werden, könnte ein neu ausbrechender kurdischer Befreiungskampf für sie den Todesschuß bedeuten.

Ihr Aufstand von 1927-30 ging unter dem Namen Ararat-Aufstand in die Geschichte ein, denn die Kämpfe konzentriereten sich auf das Gebiet um den Berg Ararat. Zum Zwecke seiner Zerschlagung kam es zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der türkischen Bourgeoisie und dem persischen Schah. Da der Berg Ararat unmittelbar an der Grenze zum Iran liegt, einigten sich Schah und türkische Bourgeoisie auf einen Gebietsaustausch an der Grenze, damit die türkischen Truppen den Kurden in den Rükken fallen konnten. Nach erfolgreicher Zerschlagung des Aufstandes machte man den Gebietsaustausch wieder rückgängig. Wiederum hatten Tausende von Kurden ihr Leben lassen müßen. Die gegenseitige "Amtshilfe" der Staaten mit kurdischen Bevölkerungsteilen wurde zu einer entscheidenden Stragie zur Niederschlagung ihres Widerstandes. Die oben erwähnte Abmachung zwischen Khomeini und Ecevit weiß sich also in einer langen Tradition.

Um neuen Aufständen vorzubeugen, erließ die türkische Bourgeoisie 1934 ein neues Deportationsgesetz, mit dem die Deportation Tausender von Kurden "legalisiert" wurde. Und dennoch kam es 1936-38 zum sogenannten Dersim-Aufstand. Dersim ist ein Dorf im kurdischen Gebiet der Türkei, dessen Bevölkerung sich bis dahin geweigert hatte, Steuern an den türkischen Staat abzuführen. 1936 schickte sich schließlich die türkische Bourgeoisie an, diesen Widerstand endgültig zu brechen. Nach zweijährigen erbitterten Kämpfe ohne sichtbaren Erfolg wurde Dersim mitsamt seiner Bevölkerung durch Bombardements der türkischen Luftwaffe in Schutt und Asche verwandelt.

Nach 1938 gab es in der Türkei keine größeren kurdischen Aufsände mehr. Der Schwerpunkt der Kämpfe verlagerte sich in den Iran (Gründung der kurdischen Republik Mahabad 1946) und Irak.

Ökonomisches Interesse der türkischen Bourgeoisie in Kurdistan

Kurdistan ist für die Bourgeoisie der Türkei ein Freimarkt, eine Rohstoffquelle und die kurdische Bevölkerung ist für sie eine freie, billige Arbeitskraft. Die Wälder werden verwüstet, aus den Bäumen wird Holzkohle gemacht, die dann in die Fabriken der Kapitalisten in die Westtürkei transportiert werden. Die Bodenschätze wurden ausgeplündert und werden es immer noch. Große Kohlenvorkommen befinden sich in Schirnak, Erzvorkommen in Elazig, Ölquellen gibt es in Batman, Diyarkir und Raman. Die Rohstoffe werden gefördert und sofort zur Weiterverarbeitung und zum Verbrauch in die Westtürkei transportiert, ohne daß die kurdische Bevölkerung, die ja die eigentliche Arbeit macht, einen Nutzen davon hat.

Die Beamten, die in staatlichen und privaten Sektoren in Kurdistan tätig sind, sind speziell dafür ausgebildet, die chauvinistische und militaristische Politik der türkischen Regierung durchzuführen. Schon in den dreißiger Jahren vertraten die regierenden Persönlichkeiten in der Türkei die Meinung, daß die Hauptbesitzer des Landes Türken seien und daß die anderen Nationen und Nationalitäten die Aufgabe hätten, der türkischen Nation zu dienen.

Mit den folgenden statistischen Angaben möchten wir die ökonomische Ausbeutung und die unterentwickekt gehaltene Struktur Kurdistans verdeutlichen. Die Investitionen in verschiedenen Zweigen, in der gesamten Türkei und in Kurdistan 1970 gemacht worden sind, werden miteinander verglichen:

Zweige	Gesamttürkei	in 22 kurdischen Städten
Tourismus	92,5%	3,7%
Wohnungsbau	78,7%	21,3%
Ausbildung (Schule etc.)	78,3%	21,7%
Gesudheitswesen	78,6%	21,4%
Andere	76,0%	24,0%

Nach den statistischen Angaben der DPT (staatlichen Planungsamt) ist der Wachstumsindex Kurdistans im Vergleich zu dem Gesamttürkei sehr niedrig: 65 zu 138. Soziologe Ismail Besikci schreibt in seinem sozialkritischen Buch über Kurdistan, daß nur 10% der gesamten staatlichen und 2,7% der privaten Investitionen im türkischen Kurdistan gemacht worden sind; nur 5% der gesamten Arbeiter der Türkei, und 4,5% der gesamten Produktionsmaschinen und 1,1% der Generatoren befinden sich im türkischen Kurdistan. Dieser Ismail Besikci wurde

wegen diesem Buch zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Zu zusätzlich anderthalb Jahren wurde er verurteilt, weil er sagte, daß es Kurden in der Türkei gibt. Noch heute sitzt er im Gefängnis. *

Sozialpolitik

Zum Zwecke der Türkisierung wird in den Schulen im kurdischen Gebiet der Türkei eine gezielte Zwangsausbildung in ausschließlich türkischer Sprache durchgeführt. Um diese Türkisierung zu intensivieren, wurden zu dem Internatsschulen, meist entfernt von Dörfern und Städten, errichtet. Dort werden die Kinder zugleich mit offen rassistischen und faschistischen Inhalt indoktriniert. Und dies nicht ohne Erfolg: viele dieser türkisierten Kinder gehören heute der faschistischen MHPan.(**) Anderseits wird versucht, den Wissensstand und das Bewußtsein der kurdischen Bevölkerung so niedrig wie möglich zu halten. So werden im Vergleich zu anderen Gebieten in der Türkei bedeutend weniger Schulen gebaut: in der Gesamttürkei gibt es heute noch etwa 4000 Dörfer ohne Schule, davon gehören 2573 zu den 18 Kreisstädten im kurdischen Gebiet, während auf die 49 Kreisstädte der Resttürkei 1417 Dörfer ohne Schule entfallen. Nur 11 von 100 Frauen können lesen und schreiben (Quelle: Zeitung Cumhuriyet-Republik-vom 27.12.1979). Die Analphabetenrate in der Türkei liegt insgesamt bei 45% unter den Kurden jedoch bei 75% (Spiegelvom 2.4.79). Die Gesundheitspolitik ist grausam und nicht dem medizinischen Fortschritt unseres Jahrhunderts angemessen. Eine normalerweise ziemlich harmlose Krankheit wie Masern führt bei den unterernährten Kindern Kurdistans zu massenweisen Kindersterben. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung liegt unter 40 Jahren. Von insgesamt 6657 Fachärzten in der Türkei sind nur 339 in Kurdistan tätig, von den 4238 praktischen Ärzten 665. 70% von allen Ärzten sind in den drei größten Städten der Türkei (Ankara, Istanbul, Izmir) tätig. In Ankara gibt es für 650 Patienten einen Arzt, in Kurdistan für 23000 Patienten.

Die ökonomische Lage in türkisch - Kurdistan

In Kurdistan konnte sich bisher nur eine Karrikatur von Kapitalismus entwickeln, denn einerseits wurde versucht, die feudalistische Sozialstruktur beizubehalten und Entstehen einer Arbeiterklasse zu verhindern, in dem kaum Fabriken errichtet wurden, andererseits kann man nicht umhin, die kapitalistische Produktionsweise einzuführen. So in der Landwirtschaft: mit der Anwendung moderner Maschinen in der Landwirtschaft wurde das alte Pachtverhältnis abgeschafft, denn für die Bewirtschaftung mit modernen Maschinen sind größere zusammenhängende Landfläche nötig. Diemeisten Bauern wurden vom Pachtland vertrieben, die übrigen als Lohnarbeiter verdingt. Die vertriebenen Bauern fülltendie Slums der Städte auf. Die bisher selbstständigen Kleinbauern können mit den maschinisierten Grundbesitzer zunehmend wenige konkurrieren; so besteht bei ihnen der Trend ihr Land abzugeben und ebenfalls in die Slums zu wandern. Die Bodenverteilung in Kurdistan ist folgende: nur 34,6 der Bevölkerung verfügen über 4,7% des fruchtbaren Landes. 4% der kurdischen Bevölkerung besitzt 33% des Landes. 54,4% der Bevölkerung besitzt kleine Grundstücke von 1 Dönüm (919 qm) bis 25 Dönüm. Um die Interesse der herrschenden Klassen zu sichen, die derzeitige Struktur Kurdistans beizubehalten und die kolonialistische und chauvinistische Politik durchführen zu können, gibt es speziell ausgebildete mobile Kommandoeinheiten, die sowohl dem Großgrundbesitzer als auch dem türkischen Staat zur Verfügung gestellt sind und die in der Lage sind, Rebellen in die Berge zu verfolgen. Durch diese Kommandoeinheiten und mit Hilfe der Gendarmerie wird unter der Bevölkerung ein physischer und psychischer Druck erzeugt und Terror ausgeübt.

Die Angaben über Kurdistan zeigen, wie das kurdische Volk in der Türkei unter Knechtschaft, Türkisierung, Ausbeutung, kultureller und natioaler Unterdrückung lebt. Der Hauptschuldige der oben geschilderten Struktur, die herrschenden Klassen in der Türkei, ist mit dem Untergang seines treuen Partners, des Schahs im Iran, in einen Teufelskreis geraten. Sie hat Angst, daß in Kurdistan bald ein Aufstand stattfinden wird. Der ehemalige Ministerpräsident Ecevit hat als Sprecher der Bourgeoisie der Türkei im europäischen Parlament laut gejammert "Die Türkei wird von Separatisten (Kurden) gespalten; ihr solltet als Partner uns helfen". Das zeigt ihre Panik und wie die kurdische Frage sie beunruhigt.

---

* Siehe ai-Berichte S. 45

** Siehe Kurdistan-Info Nr. 1

EIN ÜBERBLICK ZUR SITUATION IM I R A K

(zusammengestellt aus "Iran-Heute",Nr.3 vom Nov. 1980

Der Irak ist ein Land mit etwa 10 Millionen Einwohnern, mit einer Wirtschaft, die neben der Landwirtschaft und einer neu entstandenen Industrie, hauptsächlich auf den Export von Erdöl basiert.

Der Irak ist ein Vielvölkerstaat. Im Norden des Landes leben hauptsächlich die Kurden und in den übrigen Gebieten des Landes haben sich die Araber angesiedelt. Unter den Arabern des Landes gab es jahrhundertlange starke Auseinenderserzungen, die auf die religiösen Verschiedenheiten der Schiiten (sie bevölkern die südliche Region des Landes und ein Teil von Bagdad) und der Suniten zurückzuführen sind.

Der Klassenkampf im Irak führte ab 1920 (Jahr der Unabhängigkeit des Landes von der britischen Kolonialmacht) zur Entstehung verschiedener Parteien, die sich gegenseitig erbittert bekämpfen. Die Kommunisten, die ursprünglich eine breite Basis in der Gesellschaft besaßen, wurden mehrmals massakriert und neigten andererseites zu opportunistischen Thesen. Die nationalistischen Parteien unter den Kurden (Demokratische Partei Kurdistans), und unrer den Arabern (Baath Partei, Bewegung der arabischen Nationalisten, Naseristen) haben eine breite Basis gefunden und versuchen nun die politische Vormacht zu erlangen. Sie haben mehrmals versucht, durch einen Militärputsch und durch die Unterdrückung der politischen Gegner für einige Zeit an der Macht zu bleiben bis sie erneut vom Gegner abgelöst wurden. Folgende Berspiele sind zu erwähnen:
Der nationale und revolutionäre Putsch durch Abdul Kerim Ghasem (1958), der Putsch durch Abdulsalam Aref (1963), dessen Ermordung und Machtergreifung durch Hassan Albakr - Sadam Hossein (1968) und schließlich der Rücktritt von Hassan Albakr und die alleinige Herrschaft von Sadam Hossein (1979) und darunter viele Putschversuche, die aufgedeckt und unterdrückt wurden, als auch die Unterdrückung, die gegen jede Opposition durchgeführt wird.

Der gerechte Kampf der Kurden für ihre Selbstbestimmung flammte gerade im irakischen Kurdistan oft auf und dauerte mitunter jahrelang an. Gelegentlich wurde dieser Kampf durch die versöhnlerische Politik der Stammesführer gedämpft. aber erlöschte niemals für immer.

Zusätzlich zu den Unterdrückungen der einzelnen Nationalitäten im Irak, ist der größte Teil der schiitischen Bevölkerung auch wegen ihres Glaubens, um ihre gesellschaftlichen Rechte beraubt worden. Die Zahl der Schiiten im Irak macht etwa die Hälfte der Bevölkerung aus. Obwohl das revolutionäre und sozialistische Bewußtsein der Arbeiter und Bauern kein Höheres Niveau erreicht hat und gleichwohl sie noch einer wirklichen Partei entbehrt, wächst jedoch ihr Klassenbewußtsein weiter an. Dem herrschenden Regime ist es nicht gelungen trotz siner mannigfaltigen Reformen letztlich ihr Vertrauen zu gewinnen. Der entscheidende Grund für das Mißtrauen in der Bevölkerung ist im faschistischen Polizeisystem, das alle Werktätigen und jeden fortschrittlichen Intellektuellen schärfstens unterdrückt, zu finden.

Die gegenwärtigen Reformen des irakischen Regimes kann man in den Maßnahmen ablesen, die seit der Machtergreifung durch die Baath-Partei (1968), zur Durchführung sogenannter sozialistischer Reformen, aber in Wahrheit zur Stabilisierung der feudal-faschistischen Regierung genutzt wurden.

Im Irak ist der Feudalismus grundsätzlich nicht vernichtet worden. Die Industrie und die Großunternehmen, der Export und Import, sowie der gesamte Inlandsmarkt, ist vollständig in der Hand des Staatsapparates und - soweit wir informiert sind, ist auch die Ölindustrie verstaatlicht worden. Dies alles ist aber nicht in der Hand einer Macht, die die Interessen der Werktätigen vertritt, sondern ist in der Hand einer Regierung, die sich aus Bürokraten, dem Militär, der Bourgeoisie und der wohlhabenden Kleinbourgeoisie, die sich auf das Militär stützt, zusammengesetzt,einer Regierung, deren Führung auf einer radikalnationalistischen Partei, sowie eines starken Polizeiapparates basiert. Genauer betrachtet, ist die Macht in der Hand eines Stammes, von dem Hassan Albakr, Sadam Hossein und viele andere Führer des Regimes stammen, d.h. des "Takriti-"Stammes. Man kann sagen, daß ein nach alle Seiten hin unterdrückendes Polizei- und Militärregime im Irak vorherrscht und es hat seit der Abschaffung der Monarchie (1958) bis hin zur Gegenwart im Irak noch nie ein Parlament gegeben. So ist das faschistische Regime im Irak nicht einmal bereit, von sich ein bürgerlich-demokratisches Gesicht zu zeigen.

Die Baath-Partei war nach der Machtübernahme nicht mehr die Partei, die die Interessen der verhältnismäßig fortschrittlich-arabischen Kleinbourgeoisie vertrat - wie sie es gegen Ende 1940 bis Mitte 1950 der Fall war - sondern sie entwichelte sich zur staatlichen Bourgeoisie. Die Reaktion dieser Partei auf die nationale Bewegung der Kurden, der Kommunisten, der Bewegung der Arbeiter und Bauern, die Verwirklichung der Rechte der Schiiten und anderer religiöser Sekten ist nur die totale Unterdrückung dieser gewesen. Es ist noch erwähnenswert, daß die größten Aktivitäten der Kommunisten stets innerhalb dieser unterdrückten schiitischen und kurdischen Schichten stattgefunden hat. So war die Stadt Nadjaf eines der größten Zentren der Kommunisten neben der Kurdenregion, die eine fortwährende Basis der Kommunisten gewesen ist.

Um sich ein umfassendes Bild von dem herrschenden Regime im Irak zu machen, sollte noch erwähnt werden, daß die Regierung dieses Landes nicht wie das Schahregime oder andere ähnliche Herrschaftscliquen, als Lakai der US-Imperialisten betrachtet werden kann. Der Irak unterhält hauptsächlich wirtschaftliche Beziehungen mit den japanischen, französischen und bundesrepublikanischen Firmen. So liegen viele Wirtschftspläne des Landes in den Händen dieser Länder. Der US- und britische Imprialismus spielen in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle. Vom militärischen Gesichtspunkt aus gesehen bezieht der Irak seine militärische Ausrüstung hauptsächlich aus der Sowjetunion. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit den europäischen japanischen und auf einem niederen Rang mit den USA und Großbritannien, verschaffen dem Lande in politischer Hinsicht eine Manövriermöglichkeit im Rahmen der imperialistischen Herrschaft auf internationaler Ebene Auch gegen die Sowjetunion besitzt es eine politische Manövriermöglichkeit. So betrachtet, hat der Irak im Zusammenhang mit dem Kampf der Araber sowohl gegen den Imperialismus als auch gegen Israel stets propagandistisch und verbal Stellung bezogen. Andererseits wiedersetzt er sich gegen die Stellungnahmen der Sowjetunion im Bezug auf Nahost-Probleme, sobald sie um Widerspruch zu den irakischen Positionen stegen.

Der Irak benutzt stets die außenpolitischen Probleme dazu, um die Bevölkerung möglichst von den inneren Problemen abzulenken.

Dashalb kann das irakische Regime kaum ohne die Schaffung außenpolitischer Probleme seine Existenz fortsetzen: die Auseinandersetzungen mit Nasser, mit Syrien, mit Sadat, mit dem Iran während der Schahherrschaft (hier hatten die Auseinandersetzungen wichtigere Gründe), die Auseinandersetzungen mit Al Fatah, mit den Kommunisten und neuerdings die Auseinandersetzung mit der Islamischen Republik um Iran.

Die Ursachen des Konflikts zwischen dem Iran und dem Irak

Obwohl die Auseinandersetzungen mit anderen Ländern, wie schon vorhergehend analysiert worden ist, aus der speziellen Struktur des faschistischen Regimes von Irak basiert, muß man doch über die Hintergründe, (die typisch orientalischen Charakter haben), der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und dem Irak folgendes sagen:
Das irakische Regime hat seit dem Zeitpunkt vor der Abreise von Ayatollah Khomeini nach Paris , da es erkannte, daß eine Islamische Republik im Iran an die Macht kommen könnte, stark empfindlich darauf reagiert. Aus diesem Grund war es bereit, mit dem Schah gegen die Revolution der iranischen Völker zusammenzuarbeiten, denn die irakische Führung befürchtete, daß der Einfluß der iranischen Revolution (die unter religiöser Führung stattfand) auf die irakischen Schiiten übergehen könnte.

Das irakische Regime ist sich der Unzufriedenheit der irakischen Schiiten unter dem gegenwärtigen Regime bewußt und so war daraus zu folgern, daß die Gründung der islamischen Republik im Iran als ein Vorbild für die irakischen Schiiten dienen und sie sich so gegen das irakische Regime auflehnen könnten. Es ist hier noch zu erwähnen, daß sich die Führung der irakischen Schiiten aus reaktionären Religiösen zusammensetzt.

Im Irak existieren eine Reihe von reaktionären schiitischen gruppen und deren Persönlichkeiten, darunter ist eine Partei, die sich "Hezh Aldaawa" nennt und die unter der Führung von Said Mohammad Baghar Sadr steht. Diese Partei vertritt die Anschauung:"Bei Gründung einer islamischen Regierung muß man sich entweder an die USA oder an die Sowjetunion halten. Da aber die Sowjetunion ein atheistischer Staat ist, muß man sich konsequenterweise an die USA halten.

Diese schiitischen Gruppierungen könnten die gegenwärtige Unterdrückung der Werktätigen dazu benützen, eine rechts-gerichtete religiöse Bewegung in Gang zu setzen.
Diese Partei wird, wie die Gruppe "Moslembrüderschaft" in Ägypte und in anderen arabischen Ländern, die "Hesh Altahrirs" und "Alolema" in Pakistan und die reaktionären, feudalen, islamischen Gruppen in Afghanistan, den USA, Saudi Arabien und von ihren sogenannten Brüdern im Iran, d.h. der Partei der Islamischen Republik, vollkommen unterstützt.

Nach der Gründung der Islamischen Republik im Iran hat sich das bestehende Regime den Export der "Islamischen Revolution" in den Irak zur Aufgabe gemacht und hat so dieses Land stetigen Provokationen ausgesetzt. Gegen dies hat das irakische Regime, sei es als Antwort auf die Provokationen oder auch hauptsächlich mit der Absicht, der iranischen Regierung Niederlagen zu bereiten, nichts unterlassen:
- Ausübung zahlreicher Sprengstoffanschläge auf Ölleitungen in Khuzistan und anderen wichtigen Regionen. Ausbildung und Aussendung von unbewußten Elementen zur Durchführung von terroristischen Maßnahmen im Iran.

Die Übertragung einer Reihe von provokatorischen Propagandasendungen im Rundfunk, in denen man sich sogar auf die revolutionären linksgerichteten Zeitungen, die im Iran erscheinen, bezieht. Diese Propagandasendungen haben wegen der monopolistischen Atmosphäre und wegen der konterrevolutionären Machenschaften der gegenwärtigen Regierung im Iran, eine große Zuhörerschaft in verschiedenen Schichten der Gesellschaft gefunden. Das ist natürlich nicht im Sinne der Revolution der Iranischen Völker und ist von den revolutionären Kräften des Landes nur zu verurteilen, denn das irakische Regime greift die Islamische Republik Irans von einer rechten und konterrevolutionären Position aus an. Die Antwort der iranischen Kommunisten auf die Machenschaften der irakischen Regierung und der Überbleibsel des Schahregimes, die teilweise in den Irak geflüchtet sind, kann nichts anderes sein, als eine Empörung und die Verurteilung dessen. Obwohl die Kommunisten das gegenwärtige Regime im Iran von einer renolutionären Position, die nur aus den Interessen der Werktätigen des Irans resultiert, aus sehen, werden sie sich auch solchen Angriffen durch das irakische Regime widersetzen.

Eine andere brutale Maßnahme der irakischen Regierung ist die Ausweisung vieler Iraner aus aus dem Irak. Jene Iraner nämlich, die dauernd als ein Faustpfand und als Opfer der Konflikte beider Länder dienen. Das irakische Regime hat diese Menschen durch faschistische Methoden enteignet und sie mittellos in die Grenzregionen abgeschoben. Die iranischen Völker verurteilen schärfstens diese Unterdrückung durch das volksfeindliche irakische Regime.

Das irakische Regime nützt das Problem dreier Inseln am Persischen Golf dazu, um die nationalistischen Gefühle der irakischen Nation in seine Interessen miteinzubeziehen. Eine Politik, die in krassem Gegensatz zu den Interessen der irakischen Völker steht.

Die neuste volksfeindliche und faschistische Maßnahme des irakischen Regimes ist die Ausweisung tausender schiitischer Iraner und die Anheizung des Problems dreier Inseln am Persischen Golf, was dem iranischen Regime eine günstige Ausgangsposition verschafft, um die persische Armee (in ihrer alten Form) wieder aufzubauen.

Es ist nur zu offensichtlich, die Völker dieser region die Maßnahmen des irakischen Regimes berabscheuen und sie verurteilen. Jedoch Herr Banisadr, der Revolutionsrat und die reaktioneräri Befehlshaber der Armee versuchen aber diese Gelegenheit zu benützen,um die miserable Situation der Armee, die auf den widerstand der revolutioneräri Elemente der Armee gegen die Generäle und gegen den Aufbau der Armee in ihrer alten Form(während der Schahherrschaft)beruht,zu beenden und sie wieder zu organisieren Wie es Erwartet hat die militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Iran und dem Irak gegeben,doch was von schwerwiegender Bedeutung ist,ist,daß die gegenwärtige Situation dem iranischen Regime hilft, die Armee wieder aufzubauen und auch so seine Offensive gegen die Kurden fortführen können.

Zusammenfassend wäre zu sagen:

1-Wir verurteilen die aggressiven Maßnahmen des irakischen Regimes gegen des Iran, wie die Sprengstoffanschläge und die Provokationen von Elementen in Khuzistan, die Ausweisung der im Irak ansässigen Iraner, die Propagandistischen Radiosendungen und die Gewährung von Unterschlupf für die Überbleibsel des alten Schahregimes.

2-Wir verurteilen die Unterstützung der vom US-Imperialismus abhängigen reaktionären religiösen Gruppen und Kräfte, wie die Partei "Hesh Aldaawa" im Irak durch die iranische Regierung. Wir sehen

diese Politik als Teil der antikommunistischen Strategie des US-Imperialismus in dieser Region und zur Verwirklichung deren Interessen unter dem Deckmantel der Religion.

3-Die Unterstützung und Bewaffnung von "Ghiade Mowaghat" (die feudalistische und reaktionäre Organisation der irakischen und zur Zeit im Iran weilenden Kurden) durch die iranische Regierung, betrachten wir als Teil der Provokatorischen Maßnahmen des Regimes und der Elemente wie Chamran (Verteidigungsminister Irans) gegen den Irak, was zur Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen dieser Länder beiträgt.

4-Wir verurteilen die Heraufbeschwörung des Problems der drei Inseln am Persischen Golf durch die irakische Regierung. Das iranische Regime nützt dieses Problem dazu aus, die Massen durch chauvinistische Propaganda aufzuhetzen und sie so für seine konterrevolutiomären Ziele zu mobilisieren. Wir sind davon überzeugt, daß die Völker und bewußten Kräfte beider Länder sich durch solche Probleme nicht anheizen lassen.

5-Die Mobilisierung und die Alarmbereitschaft der iranischen Armee wird unter dem Deckmantel der militärischen Bedrohung vom Irak dazuausgenutzt. um die reaktionäre Ordnung und Disziplin der Armee zu überprüfen. Sie dient vorwiegend dazu, diesen Unterdrückungsapparat zum Massakrieren der kämpfende iranischen Völker vorzubereiten. Die gleiche Mobilisierung,deren Notwendigkeit von den ehemaligen Generälen des Schahregimes beteuert wurde, konnte man während der Offensive gegen das iranische Kurdistan feststellen.

6-Die Inanspruchnahme der iranischen Völker mit Scheinproblemen, die sich in einem revolutionären Stadium der Fortführeng ihrer demokratischen Revolution befinden und die Inanspruchnahme der unterdrückten irakischen Völker mit gleichen Scheinproblemen, die sich in einer kritischen gesellscheftlichen Lage, die der Ruhe vor dem großen Sturm ähnelt, befinden, paßt in die Strategie des US-Imperialismus im Nahen Osten, der datan interessiert ist, diese ursprünglich nicht gewichtigen Probleme zweier Staaten zu schüren, um ihre wirtschaftliche und politische Lage zu stabilisieren und um weiterhin aus diesen die Bodenschätze (Erdöl) zu plündern.



Durchs wilde Kurdistan Waz-Zeichnung: Klaus Pielert

Ein Lied für S E M K O*

Ein Stück Brot und ein Bißchen Käse!
Und einen kleinen Teil der Welt,in der
ich bei Dir lebte,
Dies Alles habe ich in ein Tuch gewickelt
Und an den Lauf meines Gewehres gehängt.
Ich schieße mit Gedanken an Dich,Semko.
Ich schieße auch für Dich, Semko.

Sei Groß
wie die Berge von Kurdistan!
Die mir die Arme geöffnet haben
wie meine Freunde,
die vor mir auf dem Schlachtfeld des Lebens
das Lied des Lebens gesungen haben.

Schau den Himmel !
Und sieh den Zorn Deines Volkes !
Jedesmal wenn ein Stern stirbt,
spucke ins Gesicht der Nacht,
damit die Sonne schneller sich erhebt !
Wachse so hoch wie die Zypressen, Semko !
damit die Mauern Dich nicht überschatten können !
Siehe, der Tag bricht an.

Schöpfe Kraft und wachse !
Das Gewehr wiegt wohl schwer
Jedoch die Nacht der Tätär,wiegt Tausendmal
schwerer.
Dein Mund sei eine Quelle, Semko,
Die unerschöpflich und pausenlos
den mächtigen Fluß speist.
Lasse die Worte daraus fließen !
Sing das Lied des Volkes !

(*) - Name des Sohnes eines kurdischen Partisanen

Türkei (Republik)

Anfang Juni 1980 erklärte amnesty international gegenüber der Presse, daß nach Feststellungen einer Untersuchungskommission der Organisation Folter in der Türkei weit verbreitet ist und systematisch angewandt wird. In einigen Fällen führte die Folter zum Tod der Opfer.
Am 12. September 1980 wurde die Regierung Demirel durch einen Militärputsch abgelöst, und Generalstabschef Evren übernahm die Macht.
Informationen über die neueste Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Türkei werden im Jahresbericht 1981 enthalten sein.

Die Sorge von amnesty international galt politischen Gefangenen und den Gesetzen, die ihre Verhaftung ermöglichen. Ihr Anliegen waren außerdem grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung von Häftlingen sowie die Todesstrafe.
Das im Dezember 1978 verhängte Kriegsrecht wurde jeweils in Abständen von zwei Monaten verlängert und galt im April 1980 in 20 der 67 türkischen Provinzen.

Das ganze Jahr über beschäftigten amnesty international zwei Fälle, in denen wegen »Propaganda für den Separatismus« Anklage erhoben wurde. Professor Ismail Beşikçi wurde im September 1979 zu drei Jahren Haft verurteilt. amnesty international hatte ihn schon 1973 als politischen Gefangenen adoptiert, als er wegen ähnlicher Beschuldigungen inhaftiert war. Professor Beşikçi ist zwar selber kein Kurde, doch war in beiden Fällen seine Gefängnisstrafe der Tatsache zuzuschreiben, daß er die Kurden in seinen Schriften, Seminaren und Vorlesungen als eigene Volksgruppe anerkannte. Das aber verbietet das türkische Gesetz. Im März 1980 erhielt amnesty international einen Bericht, daß sich der Bürgermeister der Stadt Diyarbakir, Mehdi Zana, vor einem Militärgericht wegen »Propaganda für den Separatismus« verantworten mußte. Die Bevölkerung von Diyarbakir ist weitgehend kurdischer Herkunft.
In einem Brief vom Mai 1979 an den damaligen Premierminister Bülent Ecevit gab amnesty international ihrer nach wie vor bestehenden Besorgnis über die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches Ausdruck. Artikel 141 verbietet die Gründung von Vereinigungen, deren Ziel es ist, »die Vorherrschaft einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten«. Artikel 163 wird angewendet, um jeden zu inhaftieren, der »gegen die Säkularisierung opponiert und eine Vereinigung gründet, organisiert, plant, leitet oder verwaltet, deren Ziel es ist, wenn auch nur teilweise, der grundlegenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder rechtlichen Staatsordnung religiöse Prinzipien aufzuerlegen«.
amnesty international wendete sich wiederholt an die Behörden wegen der Inhaftierung und Mißhandlung von Gewerkschaftern. Sie schrieb im August 1979 an Premierminister Bülent Ecevit. Der Grund ihres Briefes waren die Verhaftung von Mitgliedern der Konföderation der Fortschrittlichen Türkischen Arbeitergewerkschaften (Devrimci Işçi Sendikalari Konfederasyonu – DISK) und Meldungen, daß die Gefangenen während ihrer Haft in einem Militärgefängnis von Diyarbakir geschlagen worden sein sollen. In seinem Antwortschreiben wies Bülent Ecevit auf Befunde der ärztlichen Untersuchung der Häftlinge durch die Medizinische Fakultät von Diyarbakir hin, die »zeigten, daß diese Behauptungen unbegründet waren«.
Im Dezember 1979 schrieb amnesty international an den neuen Premierminister Süleyman Demirel und erkundigte sich nach der im vergangenen November erfolgten Festnahme von Mitgliedern des Lehrerverbandes (Tüm Ogretmenler Birligi Dernegi – TOB-DER). Sie wiederholte diese Anfrage im Februar 1980 zusammen mit der Bitte um Auskunft über die Verhaftung von Kemal Turkler, dem Präsidenten der Metallarbeitergewerkschaft (Türkiye Maden, Madeni Eşya ve Makina Sanayii Işçileri Sendikasi, Maden-IŞ), und von sechs seiner Kollegen, die nach Artikel 142 angeklagt wurden, weil sie auf ihrem Gewerkschaftskongreß die »Internationale« gesungen hatten.
In einem Brief vom April 1980 brachte amnesty international weitere Berichte über Inhaftierungen und Mißhandlungen von Gewerkschaftern Süleyman Demirel gegenüber zur Sprache. Kurz danach suchte sie deshalb auch den türkischen Botschafter in London, Vahap Asiroglu, auf.
Im April 1980 erhielt amnesty international die Nachricht, daß 18 Mitglieder der Progressiven Jugendvereinigung, die man am 16. April in Istanbul festgenommen hatte, kürzlich gefoltert worden seien und daß ihnen kein Rechtsbeistand gestattet worden sei. amnesty international bat Süleyman Demirel und den Innenminister Mustafa Gülcügil dringend um eine unverzügliche Untersuchung dieser Angaben.
Am 29. April 1980 erhielt amnesty international eine weitere genaue Schilderung von Folterungen. Dr. Dursun Kirbaş, ein Assistent der Psychiatrischen Bakirköy-Klinik in Istanbul, wurde am 28. März 1980 in seiner Wohnung verhaftet und zum Sitz der Geheimen Staatspolizei in Gayrettepe gebracht. Dort wurde er zwei Wochen festgehalten und während der Vernehmung gefoltert. Bei Dr. Kirbaş sollen sowohl physische wie psychische Foltermethoden angewendet worden sein. Er erhielt Schläge auf die Fußsohlen (falanga) und Elektroschocks. Man drohte ihm, seine Schwester zu vergewaltigen und ihm einen Knüppel in den After zu zwängen. Außerdem mußte er die Schreie der anderen Gefolterten anhören. Als er vor ein Militärgericht gestellt wurde, nahm man die Anklagen gegen ihn zurück. Er wurde freigelassen.

Irak (Republik)

Im Vordergrund der Bemühungen von amnesty international standen im Laufe des Jahres weiterhin die weitverbreiteten Verhaftungen von tatsächlichen und vermuteten Regierungsgegnern, die Unzulänglichkeit bei politischen Strafverfahren, die routinemäßigen und systematischen Folterungen politischer Gefangener und die Todesstrafe, die in viel stärkerem Maße angewendet wurde.
Mitte Juli 1979 wurde Saddam Husein nach Ahmad Hassan Al Bakr Präsident der Republik und soll, Berichten zufolge, eine Verschwörung aufgedeckt haben, in die auch hohe Regierungsmitglieder der herrschenden Baath-Partei verwickelt waren. Kurz darauf wurden 21 Menschen hingerichtet; eine anschließende Säuberungsaktion in Partei und Heer hatte weitere Verhaftungen und Hinrichtungen zur Folge. Die Opposition gewisser Teile der Schiiten-Gemeinschaft gegen die Regierung wuchs; die Regierung reagierte schroff auf die politischen Aktivitäten, zu denen auch Demonstrationen und Reden gegen die Regierung, das Verteilen von Flugblättern und Angriffe auf Beamte gehörten. Weit verbreitet fanden Verhaftungen und Hinrichtungen der Schiiten statt; im April 1980 wurde eine große Zahl von Irakern iranischer Herkunft über die Grenze in den Iran deportiert. Mitglieder und Anhänger der ehemals legalen Irakischen Kommunistischen Partei (ICP) sahen sich weiter einer Einschüchterungskampagne der Regierung gegenüber, die durch Verhaftungen in großem Stil, Kurzzeitinhaftierung ohne Gerichtsverhandlung und routinemäßig angewandte Folter gekennzeichnet war. Alle in Gewahrsam befindlichen Personen wurden im August 1979 aufgrund einer allgemeinen Amnestie freigelassen. Viele Mitglieder der ICP sind seitdem ins Exil oder in den Untergrund gegangen; und Berichte über Verhaftungen wurden seltener. Außerdem ging die kurdische Opposition in der autonomen Region (Kurdistan) mit Über-

raschungsangriffen auf Regierungsbeamte und -besitz weiter; die Regierung reagierte mit Verhaftungen und einer Anzahl von Hinrichtungen.
Berichten zufolge wurden im Laufe des Sommers 1979 etwa 10 000 Menschen, meistens Schiiten, nach massiven und teils blutigen Demonstrationen verhaftet, die in größeren Städten gegen die Inhaftierung des Schiiten-Führers Ayatollah Muhammad Baqr Al Sadr inszeniert worden waren. amnesty international erhielt die Namen von 22 religiösen Führern der Schiiten und von drei Führern der Sunniten und drückte in einem Brief an Präsident Ahmad Hassan Al Bakr am 2. Juli ihre Sorge darüber aus, daß diese Führer aufgrund der »Ausübung ihres Rechts auf Freiheit der Meinung und Meinungsäußerung« verhaftet worden waren. Später erfuhr man, daß einige dieser 25 hingerichtet worden waren. Es ist amnesty international nicht bekannt, wie viele dieser Gefangenen sich nach der Amnestie vom August noch im Gefängnis befanden. Seit der Amnestie gab es jedoch erneut viele Verhaftungen von Mitgliedern der schiitischen Opposition, obwohl Einzelheiten nur in den Fällen von einigen wenigen bekannten Einzelpersönlichkeiten bekannt wurden. Die Mehrheit der Todesurteile wird entweder vom Revolutionsgericht in Bagdad gefällt oder von Sondergerichten, wie z. B. dem Sondergericht von Kirkuk, das eigens zur Verhandlung gegen Kurden, die in der autonomen Region verhaftet und politischer Vergehen bezichtigt werden, eingesetzt wurde. Das Verfahren dieser Gerichte entspricht nicht den rechtlichen Sicherheiten, die vom irakischen einheimischen Recht und vom Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte garantiert werden: Sowohl beim Revolutionsgericht als auch bei Sondergerichten finden Gerichtsverhandlungen immer im Schnellverfahren und unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bei beiden Gerichten besteht die Kammer aus Vertretern der Regierungsexekutive und nicht der Justiz; die Angeklagten sind in der Untersuchungshaft ohne Kontakt zur Außenwelt; beim Revolutionsgericht sind die Rechte der Verteidigung stark eingeschränkt, beim Sondergericht besteht überhaupt kein Recht auf Verteidigung; bei beiden Arten von Gerichten stützt sich der Schuldspruch oft auf Geständnisse, die unter der Folter erpreßt wurden; es gibt kein Recht auf Berufung bei einem höheren Gericht, wenn das Todesurteil auch vom Präsidenten bestätigt werden muß und der Gefangene ein Gnadengesuch einreichen darf.
Die offiziellen irakischen Medien verwiesen auf 26 Todesurteile, die in der Zeit zwischen Mai 1979 und April 1980 vollstreckt wurden; inoffiziellen Berichten nach liegt die Zahl weit höher.
Da nur wenige Hinrichtungen in der irakischen Presse gemeldet werden und alle politischen Gerichtsverhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, ist die genaue Zahl der Hinrichtungen schwer zu schätzen. amnesty international erhielt (über die offizielle Zahl der Hinrichtungen hinaus) die Namen und einige Einzelinformationen über 114 zwischen Mai 1979 und April 1980 hingerichtete Personen. Darunter sind auch Kurden, die politisch oder militärisch in den kurdischen Widerstand verwickelt waren, Angehörige des Heeres, denen anti-Baathistische politische Aktivitäten zur Last gelegt wurden, und Personen, die der Mitgliedschaft in oder Zugehörigkeit zur Al Da'wa Al Islamiya-Partei verdächtigt wurden.
amnesty international trat für alle die Hingerichteten ein, deren Namen man kannte. In 83 Fällen waren Nachforschungen angestellt worden. amnesty international drückte den Behörden gegenüber in Briefen ihre Sorge über die berichteten Hinrichtungen aus und bat um weitere Information über die Art des Verfahrens bei den Gerichtsverhandlungen.

Syrien (Syrische Arabische Republik)

Während des Jahres arbeitete amnesty international für 157 politische Gefangene, wovon 50 als »Prisoners of Conscience« adoptiert waren, und erfuhr, daß 80 von ihnen freigelassen wurden.
Unter den adoptierten politischen Gefangenen waren neun syrische Kurden, Mitglieder der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), die seit 1973 ohne Gerichtsverfahren inhaftiert sind, weil sie gegen die Umsiedlung syrischer Kurden im Zuge der Arabischen Gürtel-Plans (Arab Belt Plan) protestiert hatten. Nach diesem Plan sollen Kurden aus Nordsyrien ausgesiedelt und durch Araber ersetzt werden. Im April 1980 erfuhr amnesty international, daß zwei Mitglieder dieser Gruppe, Daham Miro, der 59jährige Vorsitzende der KDP aus Hama, und Kana'an Agid, ein 45jähriger Bauer, freigelassen worden waren. Über Freilassung oder weitere Inhaftierung der anderen sieben Gefangenen gingen keine Informationen ein. Weiterhin adoptiert sind die Fälle von 18 Mitgliedern und Anhängern der vorhergehenden Regierung, unter ihnen der frühere Präsident Noureddin Atassi, die im November 1970 nach dem Staatsstreich, der Präsident Hafez al-Assad an die Macht brachte, verhaftet worden waren. Alle werden ohne Gerichtsverfahren in einem besonderen Flügel des al-Mezze-Militärgefängnisses in Damaskus festgehalten. Im Dezember 1979 organisierten diese Gefangenen einen Protest gegen die Haftbedingungen und ihre weiter andauernde Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren.

Iran (Islamische Republik)

Das Hauptanliegen von amnesty international im Berichtsjahr waren die Gefangenhaltung von politischen Gefangenen, das Fehlen fairer Strafprozesse für politische Gefangene und die Hinrichtungen.
Am 9. Januar legte amnesty international dem Ayatollah Khomeini einen Bericht über »Law and Human Rights in the Islamic Republic of Iran« vor, von dem auch der Außenminister Sadegh Ghobzadeh und die iranischen Geschäftsträger in London und Washington Kopien erhielten. Etwas später, im Februar 1980, erhielt auch der neue Präsident, Abolhassan Bani-Sadr, eine Kopie dieses Berichtes, der die Zeitspanne bis zum 14. September 1979 umfaßt und sich besonders auf die Rolle der Islamischen Revolutionsgerichte, Sondergerichte, die nach der Revolution eingesetzt wurden, konzentrierte. Er stützte sich auf die Reise einer Untersuchungskommission, die im April 1979 in den Iran gereist war, und auf eine Studie über Hunderte von Gerichtsverhandlungen vor islamischen Revolutionsgerichten.
In dem Bericht kam amnesty international zu dem Schluß, daß »die für einen fairen Strafprozeß notwendigen Garantien in der Tat in den vor den islamischen Revolutionsgerichten verhandelten Fällen nicht gegeben sind«. Insbesondere wurden den Angeklagten oft die ihnen zur Last gelegten Beschuldigungen gar nicht mitgeteilt; es war ihnen nicht immer gestattet, Entlastungszeugen heranzuziehen; es war ihnen nicht erlaubt, Belastungszeugen zu vernehmen, und sie durften keinen Verteidiger ihrer eigenen Wahl hinzuziehen. Weiterhin wurde in diesem Bericht kritisiert, daß viele Gerichtsverhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfänden, daß es in der Praxis kein Recht auf Berufung gebe, und daß nichts für die Tatsache spreche, daß die Angeklagten als unschuldig gelten, bevor nicht das Gegenteil erwiesen wäre.
Der Bericht machte klar, daß Todesurteile und Prügelstrafen auch dann verhängt wurden, wenn das islamische Recht sie nicht forderte, und bestätigte noch einmal, daß amnesty international die Todesstrafe und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung unter allen Umständen ablehnt. Besonderer Nachdruck wurde auf die Tatsache gelegt, daß eine große Zahl von Menschen ohne fairen Strafprozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.

DIE KURDEN IM FEUER

AMNESTY INTERNATIONAL informierte über Menschenrechtsverletzungen in der Arabischen Republik Irak:

" Der irakische Kurde Haji Sayyid Marouf, 67, ist im Juli 1977 zu Tode gefoltert worden. Der Vater von zwölf Kindern war verhaftet und verhört worden, nachdem sich einer seiner Söhne den Pesh Merga (bewaffnete kurdische Widerstandsgruppen) angeschlossen hatte.

AI hat nun die irakische Regierung ersucht, die Umstände aufzuklären, die zum Tode des Kurden geführt haben.

AI hat eine Reihe von Berichten aus dem Irak über Todesfälle unter Folter erhalten. Die verstümmelte Leiche des Reber Mulla Hussain, eines 19jährigen Studenten, der sich für die kurdische Studentengewerkschaft eingesetzt hatte, wurde seiner Familie am 26. April 1976, eine Woche nach seiner Verhaftung, übergeben. In seinem Körper steckten neun Nägel, ein Auge war ausgequetscht und der Penis abgeschnitten.

Der 80jährige Sayyid Muhammad Ismail war im Mai 1977 verhaftet worden, da er angeblich an einem Attentat auf ein Auto der Geheimpolizei beteiligt gewesen war. Das Fahrzeug war in Arbil in die Luft gesprengt worden. Ismail starb kurz nach der Verhaftung an den Folgen seiner Folter im Gefängnis.

In beiden Fällen forderte AI die Regierung auf, diese Angaben zu untersuchen. Bislang hat es, soweit AI bekannt ist, keine Überprüfung dieser Todesurteile unter Folter gegeben. "

AI-Informationen 2/79

" Ich wußte,sie schlugen mich, erzählte der fünfzigjährige Dorfvorsteher,aber ich fühlte nichts mehr.Sie brachten ihn ins Gefängnis,schlugen ihn mit Holzknüppeln und mit Stahlruten gaben ihm Elektroschoks und steckten ihm einen Revolverlauf in den Mund. In jeder der engen Zellen im Gefängnis in Kirkut (irakische Teil Kurdistan) seien 25 bis 4o Männer gewesen. Allein in seiner Zelle seien zwei Männer gestorben.Aber das SCHLIMMSTE seien die SCHREIE der gefangenen FRAUEN gewesen".

aus Kurdistan(GEO/79)

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Türkei-Koordination
Nürnberg 9.1.1981

Amnesty international ist zunehmend besorgt über Berichte aus der Türkei, daß

- Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung verhaftet werden
- in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen systematisch und in großem Ausmaß gefoltert wird
- zahlreiche Menschen nach ihrer Verhaftung verschwunden sind, ohne daß Angaben zu ihrem Schicksal gemacht wurden
- die Todesstrafe wieder angewandt wird.

ai

Die am meisten angewendeten Methoden der Folter sind:

Schlagen auf die Fußsohlen

Elektroschocks

Verbrennen mit Zigaretten

Heftige Schläge auf alle Teile des Körpers

Hineinstoßen des Polizeiknüppels in den After oder in die Vagina.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

vom 10. Dezember 1948

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.